

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

**Ein Brief des
Heiligen Vaters
an den deutschen
Episkopat**

Ihr habt, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, Uns wieder im eigenen Namen wie im Namen Eures Klerus und Eurer Diözesanen zu den heiligen

Festen und zum Jahreswechsel treue Wünsche übermittelt. Es geschah mit dem Uns von seiten des deutschen Episkopates vertrauten Ausdruck der gläubigen Hingabe an den Stellvertreter Christi und der innigen Verbundenheit mit ihm. Eure Katholiken teilen diese Gesinnung; das Volk hängt sehr am Papst, lesen Wir in einem der Schreiben; und in einem anderen: die ganze Diözese wolle die Last des Papstes mittragen. Die beiden Bemerkungen haben Uns sehr getröstet und an die Welle des persönlichen Vertrauens erinnert, die Uns in den allgemeinen Audienzen gerade auch aus den Augen und Rufen der Pilger deutscher Zunge entgegenschlägt.

Euer aller Gruß erwidern Wir von Herzen. Täglich reihen Wir Eure Anliegen dem Memento der hl. Messe ein. Wir wollen nicht verzagen, von der göttlichen Vorsehung zu erhoffen, daß sie die Bemühungen um Verständigung, die augenblicklich auf deutschem Boden im Gange sind und die Welt in Spannung halten, zu einem für den allgemeinen Frieden und das Beste Eures Landes erfolgreichen Ergebnis führe. Wir werden aber auch nicht müde, Eurem Volk zu erhoffen, daß die Erkenntnis Jesu Christi und der einen wahren Kirche, in der Er fortlebt, in ihm wachse; daß die Kinder der Kirche, überzeugt von ihrem Glauben und stolz auf ihre Mutter, für ihn und für sie sich einsetzen; daß sie — und Wir denken dabei noch besonders an die vor Mischehen stehenden oder in Mischehen lebenden Kinder der Kirche —, weit davon entfernt, sich dieser entfremden zu lassen, vielmehr die Außenstehenden durch ihre Glaubensfestigkeit und ihr Gebet der Kirche näherbringen oder ganz gewinnen. Gerade die unsagbare Not der Kirche in weiten Räumen bis Ostasien (eine Mahnung an alle, sich des entscheidenden Ernstes der Stunde bewußt zu sein) wie daneben die starke Woge zur Kirche hin in großen, mit Deutschland religiös vergleichbaren Ländern legen es Uns nahe, Euch gegenüber, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, diese Erwartung auszusprechen.

Wir danken Euch sodann für die Freude, die Ihr Uns durch Eure Mitteilungen über die äußere und innere Entwicklung des kirchlichen Lebens bereitet habt: der Bau von Kirchen, Kindergärten, Jugendheimen und nicht an letzter Stelle Familienwohnungen schreitet voran. Die Erzdiözese Paderborn hofft, dieses Jahr die letzten ihrer 387 zerstörten Kirchen wiederherzustellen. Hildesheim konnte das Fronleichnamfest von neuem im Dom feiern. Wir loben es besonders, daß darüber hinaus die Diözesanen des Westens denen in der Ostzone hochherzig beigesprungen sind und es noch mehr tun wollen. Diözesankatholikentage haben in Nord und Süd das religiöse Leben gesteigert. Wir hören vom Fortschritt der Katholischen Aktion, von einem ganzjährigen sozialen Ausbildungskurs für Arbeiter und von gründlichen Lehrgängen für Laienhelfer und Laienhelferinnen, die in der Seelsorge eingesetzt werden sollen. Die Arbeit an der Landjugend trägt ihre Früchte, wie besonders die religiöse Tagung in Altötting bewiesen hat.

Die kirchliche und wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen geht im ganzen gut voran. Ein Diasporabischof, dessen weitausgedehnter Sprengel sich seinerzeit durch das Einströmen von Ostvertriebenen vor schier unlösbare Aufgaben gestellt sah, kann heute berichten, daß der Kirchenbesuch und Kommunionempfang seit Kriegsende fast jährlich gestiegen und die Austritte aus der Kirche durch Rückkehr zu ihr beinahe ausgeglichen seien. So war das Jubiläum des seligen Bischofs Bernhard von Hildesheim ein Fest des Trostes, wie die Speyrer Säkularfeier für den großen heiligen Bernhard von Clairvaux und ähnliche Kundgebungen wiederum überzeugend die starken religiösen Kräfte geoffenbart haben, die im gemeinsamen katholischen Glauben zur seelischen Annäherung der Völker liegen. Wenn man hinzunimmt, was an Werken der christlichen Nächstenliebe geschieht — ein besonderes Lob fand diesmal in Euren Schreiben der Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder — und wieviel heldenhafte Treue die Kirche unter ihren Gläubigen findet, so möchte man dem ehrwürdigen Bruder recht geben, der schreibt, daß „auch ein Schwerfälliger“ heute zu starken Hoffnungen hingerissen werden müsse.

Sorge um den Priesternachwuchs

Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht noch schwere Sorgen zurückbleiben. Wir hören aus Eurer Mitte von den „sich wie Berge türmenden Anliegen“ der deutschen Bischöfe. Auffallend oft sind Wir in Euren Schreiben der Klage über Priestermangel und Rückgang der Ordensberufe begegnet. Und zu den Ordensberufen gehören ja auch die Schwesternberufe! Ganz gewiß nimmt der Priestermangel bei Euch nicht annähernd die beängstigenden Ausmaße an, in denen er über weit ausgedehnte Gebiete des westlichen Kontinents herrscht. Wohl aber kann er auch bei Euch zu denken geben, weil er, um von den anderen Ursachen abzusehen, wie in einer Reihe von Ländern, vermutlich mit dem Rückgang der Kinderzahl zusammenhängt, also mit einem Umstand, der sich schwer und nur in einem langwierigen Prozeß wird ändern lassen. Aber es finden sich unter Euren Diözesen ja auch solche, in denen die Aussicht auf Priesterberufe wieder recht günstig ist.

Reichskonkordat und Schule

Geblichen ist auch die Sorge um die katholische Schule. Wir haben zwar mit großer Befriedigung Kenntnis davon genommen, daß auch im Land Rheinland-Pfalz die Schulartikel der Verfassung und eine entsprechende Schulverfügung den katholischen Eltern nicht nur grundsätzlich und in Erwartung eines künftigen Schulgesetzes, sondern unmittelbar und praktisch für ihre Kinder das Recht auf eine Schule ihres Bekenntnisses geben und daß der Verfassungsgerichtshof des Landes durch seine Entscheidung in einer Verfassungstreitsache diese Rechtslage bestätigt und gesichert hat, wobei er noch feststellte, die Schulverfügung befinde sich auch im Einklang mit Artikel 23 des Reichskonkordates, dessen Fortgeltung sich aus Artikel 123 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes ergebe und „dessen Verbindlichkeit“, so sagt jenes Urteil wörtlich, „von der Landesregierung Rheinland-Pfalz durch eine ausdrückliche Erklärung des Ministerpräsidenten gegenüber dem Vertreter des Vatikans anerkannt worden ist“. Daneben lesen Wir aber, daß in einem anderen Land alles Bemühen um katholische Schulen an Orten, wo sie ge-

mäß geltendem Gesetz und Reichskonkordat gefordert werden konnten, im letzten Jahr vergebens war, und Wir erfahren, während Wir dies schreiben, daß der Entwurf für ein neues Schulgesetz des betreffenden Landes den Artikel 23 des Reichskonkordats geradezu in sein Gegenteil verkehrt.

Notwendigkeit katholischer Lehrerbildung

Wir sehen uns auch veranlaßt, Unsere Mahnung an Euch zu erneuern, Ihr möget die katholische Lehrerbildung wirksam verteidigen und an keiner Stelle den Einbruch in sie gutwillig hinnehmen. Beruft Euch ausdrücklich auf die Regeln echter Demokratie, die Ihr in Sachen der Schule (wie der Zivilehe) ganz auf Eurer Seite habt: jene Regeln heischen Rücksichtnahme auf die Überzeugung und den Willen der Erziehungsberechtigten. Nun erwarten aber die Eltern, welche die katholische Schule verlangen, in ihr an erster Stelle und mehr als alles andere den überzeugt katholischen Lehrer. Ihn schenkt aber nur die einheitlich katholische Erziehung und Bildung. Wir brauchen Euch dies nicht zu sagen, da Ihr dafür über eine reiche Erfahrung verfügt. Wir können es Euch aber von überallher, aus allen Kontinenten bestätigen.

Im Zeichen des Marianischen Jahres

Im Mittelpunkt Eurer Schreiben an Uns steht das Marianische Jahr, das am 8. Dezember seinen Anfang genommen hat. Auch aus Euren Berichten über die Feiern zu dessen Eröffnung, die vielerorts, in Städten und an Stätten, wo Wir einst weilten und an die Wir mit froher Erinnerung zurückdenken, sehr eindrucksvolle Formen annahmen, lesen Wir heraus, daß die Verkündigung eines Marienjahres zur Säkularfeier der Definition der Unbefleckten Empfängnis ganz den Erwartungen und dem Empfinden des Volkes entgegenkam. Wir möchten dabei den Sinn dieses Jubiläumsjahres nicht so sehr auf äußere Veranstaltungen legen; was in erster Linie beabsichtigt war, ist vielmehr, daß aus der Verehrung der Gottesmutter das Gebets- und Tugendleben Ansporn und Wachstum, die großen Anliegen der Kirche und ihres Apostolats mächtige Hilfe schöpfen. Möge es bei Euch so sein, daß in echter und von Herzen kommender Liebe zu Maria die Priester dem gläubigen Volk vorangehen oder wenigstens es ihm gleich tun, jedenfalls nicht hinter ihm zurückstehen.

Drei Aufgaben

Wenn Wir Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, einen Hinweis geben dürfen, so würden wir nach Kenntnisnahme Eurer Schreiben dem Marienjahr in Euren Diözesen ein dreifaches Ziel setzen: die Rettung der christlichen Familie; eine genügende Zahl guter Priester- und Ordensberufe; die Not der Kirche in den kommunistisch regierten Ländern. Ein Oberhirte schreibt, daß in seiner (großen) Diözese der tägliche Rosenkranz für die Kirche des Schweigens im Osten aufgeopfert wird. In der Tat macht innerhalb des bolschewistisch-kommunistischen Bereichs die fast übermenschlich raffinierte Ausnutzung der technischen und gesetzlichen Mittel, die der Staatswillkür zu Gebote stehen, wenn sie die Kirche vernichten will, deren Verfolgung wohl zur gefährlichsten, die je über sie hereingebrochen ist. Um so größere Hoffnungen setzen dort die Katholiken auf die Hilfe, die sie im Gnaden-

jahr der Gottesmutter von ihren Brüdern und Schwestern in der freien Welt erwarten.

Wir empfehlen Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, Euren Klerus und die Eurer Hirten Sorge anvertrauten Gläubigen der gottmenschlichen Liebe des Erlöserherzens und erteilen Euch als deren Unterpand in väterlichem Wohlwollen den Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, den 15. Februar 1954

PIUS PP. XII.

Das Programm des Fuldaer Katholikentages Vom 31. August bis 5. September 1954 findet in Fulda die 76. Generalversammlung der deutschen Katholiken statt. Sie steht unter dem Thema: „Ihr sollt mir Zeugen sein“. Wie bei den früheren Katholikentagen wird den öffentlichen Versammlungen (3.—5. 9.) die Tagung der 15 Arbeitsgemeinschaften vorausgehen (1.—3. 9.; nach der Eröffnung des Katholikentages am 31. 8. durch den Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, und einer Ansprache zur Einführung in die Arbeitskreise durch Prof. Michael Schmaus, München).

Die Themen der Arbeitstagung lauten:

1. Kreis: Christliches Zeugnis in Ehe und Familie (Leiter: Hermann Frühauf, Offenbach)
2. Kreis: Christliches Zeugnis in der Welt unserer Kinder (Leiter: Helene Helming, Essen)
3. Kreis: Christliches Zeugnis in Lehrstätt und Berufsausbildung (Leiter: Ph. Behler, Bonn)
4. Kreis: Christliches Zeugnis in Sport und Körperkultur (Leiter: Lotz, Würzburg)
5. Kreis: Christliches Zeugnis in Arbeit und Freizeit (Leiter: O. Graf, Dortmund)
6. Kreis: Christliches Zeugnis im Geben und Nehmen (Leiter noch nicht benannt)
7. Kreis: Christliches Zeugnis in Rat und Trost (Leiter: Prälat Buchholz, Bonn)
8. Kreis: Christliches Zeugnis in Krankheit und Tod (Leiter: A. Jores, Hamburg)
9. Kreis: Christliches Zeugnis in der Wissenschaft (Leiter: Hermann Kunisch, Berlin)
10. Kreis: Christliches Zeugnis in der Kunst (Leiter: Leonhard Küppers, Düsseldorf)
11. Kreis: Christliches Zeugnis in der politischen Entscheidung (Leiter: Adolf Süsterhenn, Koblenz)
12. Kreis: Christliches Zeugnis in der Diaspora (Leiter: Prälat Gabriel, Paderborn)
13. Kreis: Christliches Zeugnis in der Kirche des orientalischen Ritus (Leiter: Alfons M. Mitnacht OESA, Würzburg)
14. Kreis: Christliches Zeugnis in Welt- und Ordensstand (Leiter: Emmanuel von Severus OSB, Maria Laach)
15. Kreis: Christliches Zeugnis bis an die Grenzen der Erde (Leiter: Prälat Nikolaus Mund, Aachen).

Die Fronleichnamspozession im Übergang Univ.-Prof. P. Josef Andreas *Jungmann* SJ (Innsbruck), der bekannte Liturgiehistoriker und Verfasser des Standardwerkes über die Geschichte der heiligen Messe „Missarum sollemnia“, hielt am 27. Mai 1953 im katholischen Bildungsheim Innsbruck einen Vortrag über das

Thema „Die Fronleichnamsprozession im Übergang“, über den wir unseren Lesern noch nachträglich berichten wollen, da er wichtige Gedanken zu einer zeitgemäßen Form dieses schönen und dem katholischen Volk so lieben Festes gibt.

P. Jungmann ging davon aus, daß die Prozession heute in eine gewisse Krise geraten ist. Denn die Kräfte, die einmal hinter den Formen gestanden, haben an Bedeutung verloren oder sind abgestorben, während die Formen an sich die Tendenzen haben, weiterzudauern. Dafür sind aber andere Kräfte heute da und suchen eine Neuprägung der Fronleichnamsprozession durchzusetzen.

Der Kern der Fronleichnamsprozession

Die Fronleichnamsprozession, so führte P. Jungmann aus, „ist wesentlich und von Anfang an die Verherrlichung des heiligsten Sakramentes. Sie ist gemeint als ein Triumphzug Christi, der unter der Gestalt des Brotes unter uns ist. Sie ist gewissermaßen der alljährlich nachgeholte Einzug des Königs.“

Einwirkung der uralten Flurumgänge

Auf die Fronleichnamsprozession haben verschiedene ältere Umgänge eingewirkt: die Palmenprozession am Palmsonntag, Festzüge gelegentlich der Übertragung von Matyrrerreliquien und Bittprozessionen zu verschiedenen Anlässen, besonders im Frühjahr, um eine gute Ernte zu erleben.

Diese letzteren, die Flurumgänge, haben, wenigstens im deutschen Sprachgebiet, am meisten eingewirkt. Schon die älteste geschichtlich bezeugte Fronleichnamsprozession, die in Köln 1277, hatte diesen Charakter. Gegen Ende des Mittelalters wurde es Brauch, vier Stationen zu machen und dabei die Anfänge der vier Evangelien zu singen, wobei die Evangelienanfänge als Kräfte des Segens gemeint waren. Auch der Segen mit dem Sakrament wurde im gleichen Sinne gegeben: über die mitziehenden Gläubigen und über die Felder und Fluren.

Ausweitung der Prozession zu einem „Bürgerspiel“

P. Jungmann schilderte als ein Beispiel, wie sehr sich um den heiligen Mittelpunkt andere Elemente gruppieren können, die ehemalige Fronleichnamsprozession von Bozen (genau beschrieben in einem Buch von A. Dörrer, 1941 unter dem Titel „Bozener Bürgerspiele“). Sie war ein Höhepunkt der Ausweitung der Fronleichnamsprozession. In die Prozession waren Szenen eingebaut, die die wichtigsten Glaubensgeheimnisse illustrierten, angefangen von Adam und Eva, bis zum Jüngsten Gericht. Auch eine Szene zu Ehren der Stadtpatrone Georg und Margareta war eingefügt, die darstellt, wie der Ritter Georg die Jungfrau Margareta vom Drachen befreit. Ein riesiges Gefolge zog mit, Vertreter aller Völker, Europäer, Türken, Afrikaner und Indianer und ein Zug von geharnischten Rittern, für die man aus den Burgen des ganzen Etschlandes die Rüstungen ausleihen mußte. Die Figuren gingen in einer bestimmten Reihenfolge im Zug und hatten an bestimmten Stellen ihre Deklamationen vorzutragen. Nachmittags wurden dann auf einer Bühne im Freien die eigentlich dramatischen Spiele mit diesen Figuren aufgeführt und ein „Drachenstechen“ veranstaltet. Die Spielfreude und das Bestreben, den Reichtum der Stadt zur Schau zu stellen, haben in diesem Falle das eigentliche Thema des Umganges ernstlich verdunkelt. In

ähnlicher Art, wenn auch in bescheidenerem Ausmaß, wurden die Prozessionen auch in anderen Städten Tirols gehalten.

Manifestation christlicher Volksgemeinschaft

In Würdigung dieser historisch gewordenen Form hob P. Jungmann auch das Positive hervor: „Auf das ganze gesehen, erkennen wir darin eine großartige Offenbarung und Darstellung christlicher Volksgemeinschaft. Christus der Herr, verhüllt in der Brotsgestalt, bildete den Mittelpunkt. Um ihn versammelt sich sein Volk, das christliche Volk, das ihm huldigt, und zwar nicht mehr bloß im Raum eines Gotteshauses, sondern die ganze Stadt ist versammelt zu einer einzigen großen Feier. Ja, hier wird um den Leib des Herrn im Sakrament wirklich der geheimnisvolle Leib des Herrn sichtbar, der die Kirche ist. In dieser Huldigung klingen Natur und Gnade zusammen, Welt und Kirche.“

Berechtigung und Grenzen der schmückenden Ausweitung

Zu dem einen Element der Fronleichnamsprozession, der schmückenden Ausweitung der religiösen Feier, sagte P. Jungmann, daß es in irgendeinem Grade zum Wesen aller Liturgie gehört. Liturgie ist nach einem Wort von Romano Guardini „heiliges Spiel vor Gott“. Was eigentlich erreicht werden soll, z. B. bei der Taufe, könnte mit ganz wenigen Worten göltig geschehen, doch die Liturgie bietet einen Reichtum von Formen auf, um den Sinn deutlich zu machen. Es sei nun die Frage, wie weit das Prangen — nicht umsonst heißt der Fronleichnamstag in Salzburg, Kärnten und Niederbayern der „Prangtag“ — vom Strahlungspunkte der Feier ins Profane hinaufgreifen darf. Im Bozener Spiel ist diese Grenze offenbar überschritten worden. Als allgemein gültige Norm formulierte P. Jungmann den Satz: „In einer religiösen Prozession kann nur das als Beitrag zugelassen werden, was sich noch betend, anbetend in die Feier einreihen läßt.“

Es ist daher selbstverständlich, daß die Kirche ihren schönsten Schmuck hervorholt, daß die Monstranz leuchtet und die Brokatgewänder prangen, daß Fahnen mitgeführt werden, daß die Straßen und Häuser festlich geschmückt sind und die Kinder Blumen streuen. Das alles ist noch Gebet und Anbetung. Nicht selbstverständlich, aber unter Umständen möglich ist es, daß die Volksgemeinschaft nicht nur in ihren Naturständen, sondern auch in ihren Berufsständen sichtbar wird, wie es das Mittelalter getan hat.

Teilnahme militärischer Formationen?

Auffällig ist, so führte P. Jungmann weiter aus, das Auftreten des militärischen Elementes in der Prozession: Soldaten, Schützen, Veteranen. Dazu das Abfeuern von Gewehren, Geschützen und Böllern. Dieses militärische Element reicht in die Zeit vor der Glaubensspaltung zurück, nahm aber dann bewußt wehrhafte Züge an. Als Ausdruck des kämpferischen Willens will P. Jungmann das militärische Element in der Fronleichnamsprozession für unsere Zeit nicht mehr gelten lassen. Nur wo die militärischen Symbole in ländlichen Verhältnissen Formen des Prangens sind, seien sie zu rechtfertigen.

Einseitiges Vorwalten der bäuerlichen Anliegen

Noch einmal kam P. Jungmann auf die älteren Flurumgänge zu sprechen, die in die Fronleichnamsprozession

aufgenommen wurden. Die Kirche hat diese Formen der Segenspendung über Feld und Flur und die Anrufung um Bewahrung vor Blitz und Ungewitter nicht aus sich heraus entwickelt, sondern ist vom Volk, vom ackerbautreibenden Volk, dazu gedrängt worden. Das Drängen des Volkes hat abergläubische Züge angenommen und ist auf den Widerstand der Kirche gestoßen. Denn das Volk verlangte das Hinaustragen des Sakramentes als eine Art Zaubermittel gegen Hagelschlag und bei Feuersbrünsten. Theologen haben darauf hingewiesen, daß das Sakrament nicht als Abwehrmittel gegen die Naturgewalten eingesetzt sei. Durchgesetzt hat sich in der Kirche eine mittlere Lösung: nicht als Zaubermittel dürfen Sakrament und Evangelium betrachtet werden, wohl aber als Verstärkung des Gebetes, das wir auch in irdischen Angelegenheiten an Gott richten dürfen. Gegenüber früheren Zeiten, denen die Naturgesetze noch ein dunkles Rätsel waren, sind wir uns heute, wie P. Jungmann betonte, stärker bewußt, daß Gott nicht beständig in die Naturordnung eingreift. „Aber zu allen Zeiten bleibt es richtig, daß wir auch unser irdisches Tun unter Gottes Obhut stellen, und zu allen Zeiten bleibt es sinnvoll, daß auch die öffentliche Gewalt ihre Bemühungen unter den Segen der Kirche und unter den Schutz Gottes stellt.“

*Keine bloß äußerliche Repräsentanz
der öffentlichen Gewalt*

Zur Frage der Teilnahme von Vertretern der öffentlichen Gewalt sagte P. Jungmann, es sei angemessen, daß dort, wo die Volksgemeinschaft feiert, auch die öffentliche Gewalt in Erscheinung tritt. Wenn es sich aber um eine religiöse Feier handelt, könne das nur bedeuten: die öffentliche Gewalt „in solchen persönlichen Vertretern, die in der Lage sind, auch innerlich an der Feier teilzunehmen“. Eine Fronleichnamsprozession könne nicht als eine halb bürgerliche Angelegenheit betrachtet werden, wie es etwa bei Hochzeit und Begräbnis noch möglich ist.

*Der Kern der Frage:
Formen müssen lebendig erneuert werden*

Wesentlich für die heutige Gestaltung der Fronleichnamsprozession sei die Notwendigkeit, daß sich die Kirche in dem Prozeß der Aushöhlung, von welchem sie heute bedroht ist, von innen her regeneriert. Während der Zersetzungprozesse in der Masse fortschreitet, indem man an althergebrachten äußeren Formen festhält, aber nicht mehr wirklich glaubt, hat sich in geistig führenden Schichten ein neues christliches Bewußtsein gebildet. „Wir leben in einer Zeit des Überganges zwischen Starre und Neuaufbruch, zwischen Fäulnis und neuem Leben.“ Dieser Übergang hat auch die Fronleichnamsprozession erfaßt. „Wenn Fronleichnam ein echtes religiöses Fest sein soll, wenn es nicht eine Schaustellung alten Brauchtums sein soll, wenn es eine sinnvolle religiöse Feier sein und bleiben soll, dann müssen wir zurückkehren zum ursprünglichen Sinn des Festes und seines Umgangs: gläubiges Bekenntnis, Triumphzug, den wir Christus dem Herrn bereiten, sein Segensgang durch Volk und Stadt von Innsbruck, bei dem wir betend und singend ihm das Geleit geben. Nicht *Schau*prozession, sondern *Bekenntnis*prozession.“

Ein konkreter Entwurf

Es gehe aber nicht darum, daß man nur Abstriche macht und aus einer festlichen Prozession einen nüchternen Bitt-

gang macht. Wenn man einen Baum beschneidet, will man ja, daß er wieder ausschlägt. In diesem Zusammenhang teilte P. Jungmann mit, daß eine tiefgehende Umbildung auch des liturgischen Ritus der Fronleichnamsprozession im Gange ist. Eine Kommission, die im Auftrage der österreichischen Bischöfe arbeitet, hat ihren Entwurf schon fertiggestellt, der nur noch auf die letzte Approbation wartet.

Es soll im Grundriß die alte Überlieferung bleiben. Vier Stationen mit den vier Evangelien; aber die Evangelien werden deutsch gesungen, und es werden nicht mehr einfach die Anfänge der Evangelien sein, vielmehr ist jedesmal ein Abschnitt ausgewählt, der zum Fronleichnamsthema paßt. Dann wird übergeleitet zum Segen mit dem Allerheiligsten, und zwar mit einem Wechselgebet, zu welchem das ganze Volk antwortet und das mit der Oratio des Priesters abgeschlossen wird. Der Inhalt des Wechselgebetes und der Oratio ist nicht nur die gedeihliche Witterung, — denn wir leben nicht mehr in einer rein agrarischen Kultur. Bei der ersten Station soll für die ganze Kirche gebetet werden, bei der zweiten Station für Land und Volk und für diejenigen, die im Volk regieren, bei der dritten Station für das Gedeihen der Feldfrüchte und für die Werke der menschlichen Technik und Industrie, und bei der vierten Station endlich für den betreffenden Ort und seine Bewohner. Dem soll dann jedesmal auch die Segensformel und das Evangelium angepaßt sein. — Die Kirche, so schloß P. Jungmann, hat zwar eine ehrwürdige Überlieferung; sie darf sich aber an kein Zeitalter so anklammern, daß sie sich nicht wieder davon lösen kann.

Aus Süd- und Westeuropa

Über Größe und Grenzen des ärztlichen Wirkens Aus Anlaß des 3. Kongresses der Radiologen und Elektrolgen der lateinischen Welt und des damit verbundenen 18. Kongresses der italienischen Gesellschaft für medizinische Radiologie richtete Papst Pius XII. am 5. April 1954 eine Botschaft an die Teilnehmer. Er würdigte die Fortschritte und Probleme dieses jungen Zweiges der Medizin und knüpfte daran folgende Gedanken über Größe und Grenzen des modernen ärztlichen Wirkens: „Die Radiologie hat den Ärzten ein neues Instrument zur Verfügung gestellt, die Frucht einer neuen und kühnen Wissenschaft, deren vielfältige Anwendungsmöglichkeiten in der Zukunft man vielleicht erst ahnen kann. Sie berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Aber eine solche Aussicht könnte bei bestimmten Menschen eine schädliche Rückwirkung haben: ein Übermaß an Zuversicht und als dessen beinahe zwangsläufige Folge Entmutigung im Falle des Mißerfolges. Jede Technik im Dienste der Wiederherstellung oder der Erhaltung der Gesundheit ist in ihrem Anwendungsbereich notwendig beschränkt. Sie kann ein Leiden heilen, ein anderes verlangsamen, aber niemals wird sie die Krankheit, das Leid und den Tod völlig unterwerfen. Wenn der Arzt diese Wahrheit erwägt, wird er nur mit Mühe ein Gefühl der Bitterkeit vermeiden, ganz besonders wenn er sein Vertrauen auf die Kräfte einer neuen Technik und ihrer großartigen Entwicklungsfähigkeit gesetzt hat. Er würde aber zu Unrecht diesem Eindruck nachgeben und in seinen Anstrengungen nachlassen. Denn wenn Sie Ihre wertvolle

Mitarbeit anderen Fachärzten zur Verfügung stellen und unermüdlich die Möglichkeiten erweitern, die Ihrem eigenen Fach innewohnen, dann, meine Herren, — und dies ist Unser herzlicher Wunsch — wird es Ihnen vielleicht gelingen, über Leiden zu triumphieren, die bisher als unheilbar gelten.

Aber es gibt noch ein anderes Ziel, und es ist noch erhabener und erstrebenswerter. Bewundern Sie nicht die souveräne Leichtigkeit, mit der Christus die Kranken heilte, die man zu ihm brachte? Ein Blick, eine Handbewegung, ein tröstendes Wort, und der Patient ging fort, von seiner Krankheit geheilt, vor allem aber in der Tiefe seiner Seele und seines Gewissens gereinigt. Müssen nicht auch Sie Ihren Ehrgeiz darein setzen, Ihr Wirken bis in das Gebiet des Sittlichen zu erstrecken? Der Sinn einer Bestimmung des Menschen erschöpft sich nicht darin, daß der Mensch sich einer vergänglichen Gesundheit erfreut oder sie zurückerlangt, sondern er reicht unendlich viel weiter, bis an die unaussprechlichen Wirklichkeiten des Jenseits. Wie muß man die Krankheit und das Leiden aufnehmen? Wie kann man daraus Nutzen ziehen für die Läuterung seines Gefühlslebens und eine richtigere Einschätzung der menschlichen Werte? Das sind Probleme, die sich jedem Kranken stellen und die er unbewußt oder bewußt zu lösen sucht. Wenn Sie allen, die sich Ihrer Hilfe anvertrauen, bei der Beantwortung dieser Fragen helfen, dann brauchen Sie weder den Mißerfolg Ihrer ärztlichen Bemühungen zu fürchten noch das Mißverständnis oder den Widerspruch der Befürworter anderer Heilverfahren. Beseelt von einer tiefen Liebe, werden Sie ihrer Wirksamkeit über den irdischen Erfolg hinaus einen Wert für die Ewigkeit verleihen.

Der Gelehrte, der sich Aufgaben wie den Ihrigen widmet, dient nicht einem Idol. Im Bemühen um die Erkenntnis der unerschöpflichen Kräfte der anorganischen und organischen Natur entdeckt er jeden Tag ein wenig mehr von den Schätzen, die der Schöpfer in seine Schöpfung gelegt hat. Er ist wie ein Entdecker neuer Welten zur Ehre seines Herrn. Im gleichen Maß ist er auch der Wohltäter seiner Brüder, der Menschen, denen er durch das Ergebnis seiner Forschungen unmittelbar dient oder so bald wie möglich zu dienen sucht.“

Der Heilige Vater schloß mit den besten Wünschen für die weitere Entwicklung dieser wohlthätigen Wissenschaft und mit dem Apostolischen Segen.

Über Aufgabe und Bedeutung der Schulbrüder In einem Schreiben, das Papst Pius XII. am 31. März 1954 an den Präfekten der Ordenskongregation, Kardinal Valeri, richtete, entspricht er dem Wunsch nach Richtlinien, den die Generalprokuratoren von acht männlichen Laien-Ordensgenossenschaften, die sich dem Unterricht widmen, ihm im vorigen Jahre unterbreitet hatten. In seinem Brief hebt der Heilige Vater zunächst die Bedeutung der Unterrichtstätigkeit hervor, auf der, zumal wo es sich um die Höheren Schulen handelt, ein großer Teil der Zukunftshoffnung der Kirche und der Gesellschaft beruht. Aus dieser Tätigkeit ergebe sich die Bedeutung der genannten Genossenschaften für die Kirche:

„Mögen diese Ordensleute zur Kenntnis nehmen, daß die Erziehung der Jugend die Kunst der Künste und die Wissenschaft der Wissenschaften ist (vgl. Gregor. Naz. or. 2, MG 35, 426). Mögen sie aber auch wissen, daß sie mit

Hilfe der göttlichen Gnade alles vermögen, gemäß dem Wort des Völkerapostels: ‚Alles vermag ich in dem, der mich stärkt‘ (Phil. 4, 13). Mögen sie vor allem das religiöse Leben pflegen, wie es ihnen zukommt. Wenn sie keinem klerikalen Orden angehören, sind sie doch rechtens Mitglieder einer religiösen Laiengenossenschaft (vgl. CIC can. 488, 4). Wenn diese fast nur aus Mitgliedern besteht, die auf Grund ihrer besonderen göttlichen Berufung auf die Würde des Priestertums und die daraus entspringenden Tröstungen verzichten, steht sie in der Kirche dennoch in Ehren und leistet den Priestern bei der christlichen Erziehung der Jugend die größte Hilfe. Wir haben bei Gelegenheit schon hervorgehoben, daß ‚der Ordensstand in keiner Weise dem einen oder dem andern der beiden Stände, die nach göttlichem Recht in der Kirche bestehen, vorbehalten ist, da sowohl Kleriker wie Laien gleichermaßen Ordensleute sein können‘ (Alloc. Conventui generali ex univ. Rel. Ord. AAS 1951, 28; vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 190). Wenn die Kirche diese Würde und Aufgabe auch an Laien überträgt, beweist das allgemein und deutlich, daß jede der beiden geweihten Scharen mit großem Nutzen gemäß den ihr eigenen kanonischen Aufgaben und Regeln zum Heil ihrer Mitglieder und aller anderen wirken kann.

Daher darf niemand die Mitglieder dieser Genossenschaften oder die Fruchtbarkeit ihres apostolischen Wirkens geringachten, weil sie nicht Priester sind. Wir wissen außerdem, daß sie die ihnen anvertrauten jungen Menschen so unterrichten und erziehen, daß viele von ihnen unter dem Einfluß göttlicher Berufung glücklich zum Priestertum gelangen. Aus den Reihen ihrer Schüler sind hervorragende Bischöfe und Kardinäle hervorgegangen. So verdienen die Genossenschaften dieser Art auch deshalb Unsere Anerkennung und die der ganzen Kirche, und sie vereinigen auf sich das Wohlwollen der Bischöfe und des übrigen Klerus. Denn sie leisten ihnen nicht nur wertvolle Hilfe in der Jugenderziehung, sondern auch mit Hilfe der göttlichen Gnade zur Weckung neuer Priesterberufe.

Mögen sie deshalb auf dem Wege, den sie eingeschlagen haben, von Tag zu Tag in tätigerem Mut fortschreiten und sich im Verein mit den übrigen Orden und Ordensgenossenschaften, die der gleichen Aufgabe dienen, der Jugendbildung und -erziehung einmütig und bereitwillig hingeben.“

Probleme der Kirche in Italien Mit unverminderter Sorge blickt die Welt auf die innerpolitische Entwicklung in Italien. Im Norden des Landes ist das Anwachsen des Kommunismus zum Stillstand gekommen, wenigstens statistisch, im Süden dagegen nehmen die Kommunisten von Wahl zu Wahl zu. Sie gewannen hier 1946 nicht mehr als 11,6% der Stimmen, 1953 dagegen, mit Einschluß der Nenni-Sozialisten, 34,32%. Im Süden passen die Kommunisten ihre Taktik vollkommen dem Charakter der Bevölkerung an. In Castellammare di Stabia bei Neapel zum Beispiel wurde kurz vor der Gemeindewahl das Fest des Ortspatrons begangen. Bei der Prozession waren unter den Trägern der Statue des Heiligen zwei bekannte Kommunisten, und die Parteidevise für das Fest lautete: „Wir beten um die Gnade des Heiligen, daß die Roten die Wahl gewinnen.“ Die Partei benutzte die Osteransprache des Papstes gegen die Verwendung der

Atomwaffen, um eine Friedensfront von Katholiken und Kommunisten zu suggerieren, und sie wirbt im Augenblick mit Lob und Sympathieerklärungen um den linken Flügel der christlichen Demokraten und der Katholischen Aktion.

Die Stärke der Kommunisten

Die Stärke der kommunistischen Partei in Italien wurde vor einiger Zeit von Douglas Hyde (The Catholic Herald, 19. März 1954) wie folgt angegeben: am 30. September hatte die Partei 2 120 208 Mitglieder in 52 481 Orts- und Betriebsgruppen. Sie besitzt 139 781 örtliche Führer und etwa 400 000 Aktivisten. Die Jugendorganisation der Partei hat ca. 400 000 Mitglieder, die Kinderorganisation 200 000, die Frauenorganisation ebenfalls 200 000. Die Roten Gewerkschaften (CGIL) zählen 5 000 000 eingeschriebene Mitglieder gegen etwa 2 000 000 bei der Confederazione Italiana sindacati lavoratori (CISL), die sich 1947 herauslöste. Natürlich handelt es sich bei diesen Mitgliedszahlen um Höchstziffern, und dann besagen sie bei 18 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern, daß nicht einmal die Hälfte organisiert ist. Immerhin sind es erschreckende Zahlen. Sie können aber denjenigen, der die sozialen Verhältnisse in Italien kennt, nicht überraschen. Eine sorgfältige parlamentarische Untersuchung hat ergeben, daß in Italien etwa 1 357 000 Familien, darunter 1 161 000 Familien mit etwa 4 700 000 Personen im Süden und auf den Inseln, im Elend leben. 870 000 Familien hausen in Höhlen und Baracken, weiteren 580 000 fällt das Dach über dem Kopf zusammen. 74,9% der Arbeitslosen sind unter dreißig, 41,5% unter zwanzig. (Tatsächlich fällt dem, der in Italien etwa die Straßenarbeiter beobachtet, auf, daß auch für die schwersten Arbeiten durchweg ältere Männer beschäftigt sind.) Diesem Elend gegenüber steht eine besitzende Klasse von unvorstellbarer sozialer Verantwortungslosigkeit, die von der Rechten bis zur Linken reicht und leider auch nur allzu weite Kreise der Democrazia Cristiana umfaßt. Wenn man in Italien von Reformen, etwa der Steuerreform und dem Kampf gegen die Korruption in der Verwaltung redet, dann meint man ein Minimum, über das man anderswo den Kopf schütteln würde. So ist es zum Beispiel jedermann bekannt, daß so gut wie alle Besitzenden nur einen Bruchteil, oft nur einen lächerlichen Bruchteil ihres Einkommens versteuern. Ein neuer Vorstoß in Richtung auf die Steuerreform, den die Regierung Scelba kürzlich unternahm, führte fast zu einer Regierungskrise. Von der Gefahr allzu radikaler Reformen und eines Staatssozialismus, der aus sich dem Kommunismus in die Hände arbeiten könnte, ist Italien sternweit entfernt. Angesichts dieser Verhältnisse beschränkt sich die Anhängerenschaft an den Kommunismus keineswegs auf Arbeitslose und schlecht gestellte Arbeiter. Kommunisten sind auch gut bezahlte Arbeiter und einigermaßen gut gestellte Halbpächter, Kommunisten findet man unter Adligen und Millionären, Kommunisten sind ein nicht geringer Teil der italienischen Intellektuellen, Künstler, Schriftsteller und Filmproduzenten. In diesen Kreisen spielen natürlich auch Randtendenzen wie Konjunkturspekulation und ein gewisser existenzialistischer Reiz, in Italien Kommunist zu sein, eine Rolle, außerdem politische Ahnungslosigkeit und provinzielle Blindheit. Den Kern bilden aber doch das beleidigte soziale Gerechtigkeitsgefühl, die Verzweiflung über die unzureichenden Reformen und

die Empörung über die Korruptionsskandale, die besonders in letzter Zeit ans Licht gekommen oder vielmehr vorläufig noch keineswegs ins volle Licht gerückt worden sind. Unter ihnen ist ein Devisenskandal, bei dem es sich um Milliarden von Lire handelt und in den das Ministerium für Außenhandel selbst verwickelt ist. Es bleibt abzuwarten, ob diese Skandale wirklich aufgedeckt oder von neuem vertuscht werden. — Bei den Arbeitern kommt die Solidarität mit den Kameraden hinzu.

Die Infiltration der Intellektuellen

Neben der Verantwortungslosigkeit so vieler unter den Besitzenden bildet aber gerade die starke intellektuelle Infiltration durch die Kommunisten die eigentliche Gefahr. Ihr ist nicht mit amerikanischer Wirtschaftshilfe zu begegnen, um so weniger, als die Gewinne, die mit Hilfe der amerikanischen Anleihen in Italien erzielt werden, zum großen Teil wieder nach Amerika verschoben werden, statt der industriellen und sozialen Weiterentwicklung Italiens zu dienen.

Ein Beispiel intellektueller Infiltration bietet etwa die der „École Normale Supérieure“ in Paris nachgebildete „Scuola Normale Superiore“ in Pisa, das Institut der studentischen Elite Italiens. Sie steht zwar jetzt unter einer Leitung, die sich bemüht, der Schule ihren politisch unabhängigen Charakter, den sie nach dem Krieg verloren hatte, wiederzugeben, wird aber von den Kommunisten planmäßig mit ihren besten, außerordentlich gut vorbereiteten und fleißigen Studenten besetzt, die dann unter den Neulingen eine nicht leicht zu fassende und abzustellende Propaganda entfalten, eine Propaganda der Einschüchterung und des geistigen Zwanges nach Moskauer Muster, die etwa so verfährt, daß die Aktivisten die Neulinge Nacht für Nacht in ihren Zimmern aufsuchen, viele Stunden lang auf sie einreden und sie am Schlaf hindern, bis die Betroffenen nachgeben.

Douglas Hyde gibt in der oben erwähnten Zusammenstellung an, daß im letzten Jahr 28 802 Mitglieder Schulungskurse mitgemacht haben, die zur höheren Führung qualifizieren. Man erkennt diese Leute oft ohne weiteres an ihrer Verbissenheit und ihrer, dem italienischen Charakter ganz widersprechenden Witzlosigkeit.

Es ist klar, daß all diese Verhältnisse in Italien die Kirche ganz besonders angehen, gibt es doch dort keine politische Aktion der Rechten, die nicht in Verbindung mit kirchlichen Direktiven gebracht, keinen Skandal, der nicht von irgend jemand der Kirche in die Schuhe geschoben wird und auf diesem Wege ganz unmittelbar das religiöse Leben schädigt.

Die Regierung Scelba bemüht sich wohl, durch soziale Maßnahmen wie Ausweitung des Programms der öffentlichen Arbeiten, staatliche Investierungshilfe und Wohnungsbauprogramm, sowie durch Kampf gegen Korruption und Schlamperei in der Verwaltung die Lage zu bessern. Das Grundproblem dieser Regierung aber liegt darin, daß der Mittelblock über keine arbeitsfähige Mehrheit mehr verfügt. (Das Wahlgesetz, das dem Sieger durch absolute Mehrheit eine Zweidrittelmehrheit sichern sollte, hat sich bekanntlich als verhängnisvoller Bumerang erwiesen.) Der Mittelblock kann nur entweder mit der Rechten, d. h. mit den Neofaschisten und Monarchisten regieren, oder in Anlehnung (wenn das möglich wäre) an die Nenni-Sozialisten.

Die Wahl zwischen diesen beiden Wegen ist es, die vor allem die Spaltungen innerhalb der Democrazia Cristiana und auch der Katholischen Aktion bestimmt. Ganz offensichtlich hat diese Dissonanz auch bei dem kürzlich erzwungenen Rücktritt des amtierenden Führers der Katholischen Jugend Italiens, Dr. Mario Rossi, eine Rolle gespielt, ein Rücktritt, der die öffentliche Meinung Italiens tief erregt. — Prof. Gedda, der Präsident der Katholischen Aktion, der als ein entschiedener Verfechter konservativer Haltungen gilt, ist politisch jedenfalls ein eifriger Anhänger einer Koalition mit Neofaschisten und Monarchisten und Gegner der Richtung, die etwa durch die Namen Gronchi, Fanfani und La Pira bezeichnet werden kann (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 349). Es wiederholt sich hier eine Auseinandersetzung, die bereits im vergangenen Jahr zum Rücktritt des Präsidenten der Katholischen Jugend, Prof. Caretto, und zum Austritt von mehr als 20 führenden Persönlichkeiten führte.

Dem Rücktritt Rossis war eine Untersuchung vorangegangen, die durch den Präsidenten der Bischofskommission für die Katholische Aktion, Kardinal Piazza und die Kardinäle Pizzardo und Ottaviani, den Sekretär und Pro-Sekretär des Heiligen Offiziums, durchgeführt wurde. Dieses Vorgehen hat in sich nichts Verwunderliches, wenn man bedenkt, daß die Katholische Aktion von Anfang an und ihrem Wesen nach der Hierarchie unterstellt ist und daß ihre Führer ihren Auftrag von dieser, im Falle Italiens von der Kurie direkt erhalten. Der „Osservatore Romano“ hat ausdrücklich erklärt, daß es sich für die Kirche bei dieser Angelegenheit nicht um eine politische Entscheidung handle, vielmehr um „gefährliche doktrinaire Tendenzen“, um eine Haltung, die „mit der Natur, den Zielen und der Struktur der Katholischen Aktion“ nicht in Einklang stände. Vom rechten Flügel der Katholischen Aktion wird Rossi und seinen Freunden vorgeworfen, sie hätten in die Organisation „Gedanken und Terminologien gewisser katholischer Strömungen Frankreichs“ eingeführt. „Témoignage Chrétien“ bemerkt hierzu in einem längeren, „Die Krise der Katholischen Aktion in Italien“ überschriebenen Artikel (7. Mai 1954), dem wir auch einige unserer Angaben entnehmen: „Die berühmte ‚französische Krankheit‘ erscheint hier unter anderen Vorzeichen.“

Nun gibt es in Italien freilich keine theologische Auseinandersetzung in dem Sinne, wie wir sie aus Frankreich kennen. Es wird sich also wohl eher um eine Stimmung handeln, die auf eine schnelle und unbedingte Durchführung der sozialen Reformen drängt und bereit ist, dafür ein gewisses Risiko einzugehen.

Die dringliche und überpersönliche Problematik der Lage hat Dr. Rossi dazu geführt, sich in einem offenen Brief an die etwa tausend Vorsitzenden der Katholischen Jugend zu wenden, in dem er seine Rechtgläubigkeit verteidigt und in dem es weiter heißt: „Wir haben gegen alle Atheismen geeifert, nicht nur gegen den Marxismus, denn wir glauben, daß das Christentum das Recht und die Pflicht in sich schließt, für eine größere Gerechtigkeit und Wahrheit einzutreten . . . Heute werden wir den Beweis dafür liefern, daß wir die augenblicklichen Leiden mit christlichem Gewissen zu ertragen wissen, ohne Groll und Überheblichkeit. Bleibt euren Bischöfen treu, aber hütet euch auch in Zukunft vor allen Sünden gegen Gerechtigkeit und Wahrheit.“

Unter Bezugnahme auf diesen Brief bemerkt „Catholic Herald“ (14. Mai 1954): „Gedda und der ‚Osservatore Romano‘ sagen, daß Rossi sich ‚doktrinärer Abweichungen‘ schuldig gemacht habe. Aber lange bevor davon die Rede war, machten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den zwei Führern eine Krisis unvermeidlich. Die ‚Abweichungen‘ kamen, als Dr. Rossi zur Zeit seines Rücktrittes, der ‚gefordert‘ worden war, tausend Briefe an die Führer der Katholischen Aktion, an seine Gesinnungsfreunde, an die Geistlichen der Katholischen Aktion und an die Bischöfe richtete. Darin schrieb er: ‚Bleibt Euren Bischöfen treu, aber hütet Euch auch in Zukunft vor allen Sünden gegen Gerechtigkeit und Wahrheit.‘ Dieses ‚Aber‘ ließ verschiedene Auslegungen offen. Die bösesten von ihnen haben Professor Gedda, der ‚Osservatore Romano‘ und natürlich diejenigen, die mit Rossis politischer Richtung unzufrieden sind, hineingelesen. Es ist festzustellen, daß Dr. Rossi jedenfalls nicht zur äußersten Linken gehört. Seine Richtung kann vielleicht als ‚linkes Zentrum‘ charakterisiert werden. Man muß anerkennen, daß beide Führer in gutem Glauben gehandelt haben und beide angesehene Katholiken sind, deren Lauterkeit niemals in Zweifel gezogen worden ist. Aber in ihren Entscheidungen spiegelt sich die Krisis, die der italienischen Democrazia Cristiana vom Kommunismus aufgezwungen worden ist, eine Krisis, die nun durch die Differenz zwischen ihnen noch vertieft wird.“

Weitere fünfundzwanzig Führer der Katholischen Jugend haben im Anschluß an den Rücktritt Dr. Rossis ihre Demission erklärt und an seinen Nachfolger, Dr. Vinci, ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt: „Diese Demission ist durch die Art und Weise, in der sie erzwungen wurde, und durch die Darstellung der Beweggründe, die im übrigen nur angedeutet und nicht präzisiert wurden, ganz offensichtlich eine Mißbilligung jener Haltung, die in vollkommener und brüderlicher Übereinkunft von den Führern der Katholischen Jugend gefordert worden ist . . . Der Vorfall zeigt uns, daß unsere Haltung vom Zentralpräsidium nicht geteilt wird. Du kennst die Meinungsverschiedenheiten, die uns von Prof. Gedda in bezug auf die Funktion des Laienapostolats und die Einmischung der Katholischen Aktion in politische Angelegenheiten trennen. Die künftige Haltung des GIAC wird notwendig den Absichten und der Mentalität Geddas entsprechen. Unsere Arbeit . . . kann mit ihr nicht in Einklang gebracht werden.“

Auch der durch seinen unermüdlichen Kampf für sozialen Einsatz bekannte Bürgermeister von Florenz, La Pira, hat sich in einem Schreiben an Gedda gewandt, in dem er ihn vor den Folgen einer politischen Ausrichtung warnt.

Das entscheidende Problem: Lösung der sozialen Frage

Sicherlich vermag keine Regierung, wie immer sie auch beschaffen sein mag, die Verhältnisse des an Boden und Bodenschätzen gleich armen Italien mit seinen überschüssigen Arbeitskräften und seiner durch Armut und eine unglückliche Geschichte bedingten Rückständigkeit kurzfristig und durchgreifend zu bessern. Besonders im Süden sind die Verhältnisse so schwierig, daß auch der beste Wille keine schnelle Änderung bewirken kann. Dieses Land in einer Welt, wie sie heute ist, auf den Lebensstandard wohlhabender Völker zu bringen, ist ohnehin ausgeschlossen. Trotz aller kommunistischen Infiltration

wissen sich aber die Italiener nach wie vor im Durchschnitt gut zu bescheiden, und ihrer Veranlagung nach sind sie so unkommunistisch wie nur möglich. Es wäre schon viel getan, wenn sie im öffentlichen Leben ein Minimum von Gerechtigkeit sähen. Die Aufgabe der Stunde ist mit der Bildung einer defensiven antikommunistischen Front nicht gelöst, sondern es gilt die besitzenden Klassen zu einer radikalen Neuorientierung zu bringen und dadurch, rein politisch gesehen, Stimmen von der Linken zum Mittelblock herüberzuziehen. Dies kann in Italien, und daher geht es uns hier an, jedoch nur die Kirche fertig bringen, und zwar durch ihre sozial aufgeschlossenen Priester und Laien. Geschicht es nicht auf diese friedliche Weise, dann steht zu befürchten, daß es eines Tages vom Kommunismus erzwungen wird.

Generalversammlung der Katholischen Aktion Italiens In Anwesenheit des Präsidenten der Bischofskommission für die oberste Leitung der Katholischen Aktion von

Italien, Kardinal Piazza, fand am 1. und 2. Mai 1954 deren dritte Generalversammlung nach dem Kriege statt. Sie tagte in Assisi. Über 200 Diözesanvorsitzende, ferner die Vorstandsmitglieder der einzelnen Verbände und Sekretariate, im ganzen etwa 300 Personen, nahmen an der Versammlung teil. Gegenstand ihrer Verhandlungen waren Organisationsfragen, ferner in drei Referaten und Diskussionen die Probleme der Arbeitslosigkeit, der sozialen Fürsorge und des Wohnungsbaus.

In der ungewöhnlich starken Anteilnahme der italienischen Presse kam die Erwartung zum Ausdruck, die Versammlung werde sich mit den Vorgängen beschäftigen, die soeben zum Rücktritt des Führers der Katholischen Jugend geführt haben, worüber wir an anderer Stelle dieses Heftes (S. 400) berichten. Eine Auseinandersetzung darüber brauchte jedoch nicht mehr stattzufinden. Lediglich in seinem Rechenschaftsbericht erwähnte Präsident Gedda, daß die Angelegenheit durch die Intervention des Heiligen Stuhles erledigt ist und innerhalb der Katholischen Aktion mit vollkommener Ruhe überwunden wurde. Diese Ruhe und Einigkeit gründete sich auf den bedingungslosen Gehorsam der Katholischen Aktion gegenüber dem Heiligen Stuhl. Wenn die Generalversammlung den Pressegerüchten über kritische Gegensätze und auseinanderlaufende Strömungen eine Antwort erteilt hat, bestand sie darin, daß die Einigkeit in der Treue gegen die Weisungen des Heiligen Stuhles zur beherrschenden Note der Tagung erhoben wurde, wie der „Osservatore Romano“ am 4. Mai hervorhob. Im übrigen entwarf der Rechenschaftsbericht des Präsidenten vom Wachstum und den Tätigkeiten der Katholischen Aktion ein günstiges Bild. Sie zählt heute insgesamt 3 Millionen Gruppen.

In seinem Begrüßungsschreiben an Kardinal Piazza ging Pro-Staatssekretär Montini namens des Papstes besonders auf die sozialen Probleme ein, die zur Verhandlung standen. „Wenn es in der Tat wahr ist, daß die Katholische Aktion ihrer Natur nach sich das religiöse Apostolat zur Wiedergewinnung der modernen Gesellschaft für Christus zum Hauptziel setzt, ist es doch nicht minder wahr, daß sie jenen Problemen in konkreter Weise nahegeht, als dort, wo sie entstehen und sich stellen, und zwar in dem Versuch, ihnen zu begegnen und sie in der besten Weise zu lösen.“ Der Heilige Vater hoffe, daß die Katho-

liche Aktion bei dieser Gelegenheit neuerdings ihr Verantwortungsbewußtsein beweisen und „eine neue Seite“ in der ruhmreichen Geschichte ihres Apostolates beginnen werde, die den gegenwärtigen Bedürfnissen der Kirche in Italien besonders entspreche. Dann fährt das Schreiben fort: „Über allen tendenziösen Unterstellungen derjenigen, die das Leben der Katholischen Aktion Italiens in Verwirrung zu bringen suchen, wird diese Versammlung, die seit vielen Monaten überlegt und vorbereitet wurde, den Beweis liefern, daß es nicht Pläne ohne soziales Verantwortungsgefühl sind, sondern erprobte Sachkenntnis, unermüdlige Tatkraft und brüderliche Liebe zum Volk, von denen die Vorhaben und Tätigkeiten der nationalen wie der diözesanen und örtlichen Führer der großen und wohlverdienten Organisation sich leiten lassen.“ Besonders die sozialen Fragen seien dazu angetan, die Treue gegen das Lehramt der Kirche unter Beweis zu stellen. In dieser Treue habe sich die Katholische Aktion Italiens von jeher ausgezeichnet, und sie werde sie auch jetzt wieder bewähren.

Im Sinne dieser Botschaft hoben sowohl Kardinal Piazza wie Präsident Gedda hervor, daß der Geist absoluter Treue und gelehrigen, bereitwilligen Gehorsams gegen alle Weisungen des Heiligen Stuhles die gegenwärtige Versammlung beseele. Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen kam in vier Entschlüssen zum Ausdruck. Die erste davon beschäftigt sich mit der Erhaltung der christlichen Sitte. Sie fordert „eine Gesetzgebung, die nach den gesunden Grundsätzen der christlichen Freiheit die Presse und die Publizistik ordnet, welche zur Zeit sehr häufig das Decorum einer christlichen Nation verletzen“, ferner Schutzmaßnahmen für die Jugend hinsichtlich der Presse, des Kinos und der Vergnügungstätten.

Die zweite Entschliebung betont die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes der Katholischen Aktion für die Bildung einer öffentlichen Meinung in der Frage der Arbeitsbeschaffung, die jedoch die Probleme nicht vereinfachen dürfe, und legt besonders den politisch oder wirtschaftlich einflußreichen Katholiken ihre sozialen Pflichten ans Herz. Sie fordert außerdem Maßnahmen zur Berufserziehung, deren Mangel das Arbeitslosenproblem erschwere. In der Entschliebung zur sozialen Fürsorge wird anerkannt, daß der Staat sich bemüht hat, dem sozialen Elend weiter Kreise abzuwehren. Die Ausgaben für diese Zwecke machen 11,6% des Staatshaushaltes aus. Sie fordert eine stärkere Koordination aller Hilfsmaßnahmen, wobei der Staat den Werken religiöser und persönlicher Initiative Förderung angedeihen lassen solle. In bezug auf den Wohnungsbau stellt eine vierte Entschliebung fest, daß die Entwicklung sowohl der staatlichen wie der privaten Unternehmungen auf diesem Gebiet der Zahl und der Qualität nach zufriedenstellend ist. Obwohl für die Zukunft die private Initiative im Wohnungsbau den Vorrang haben solle, müsse der Staat besonders zugunsten der notleidenden Schichten und Gebiete eine kräftige Wohnungsbaupolitik entfalten. Auch in Italien müsse das Eigenheim als bevorzugte Wohnungsform angestrebt werden. Aufgabe der Katholischen Aktion müsse es sein, das Problem selbst und die konkreten Möglichkeiten, es zu lösen, bei den Gläubigen bekannt zu machen und die Privatinitiative sowohl bei den Wohnungsuchenden wie bei den Kapitalgebern zu fördern.

Die Verkündigung des Wortes Gottes Vom 21. bis 23. April wurde in Montpellier der 67. Nationalkongreß der Vereinigung katholischer Verbände (Union des Oeuvres catholiques) abgehalten. Unter den rund 3000 Teilnehmern, zu denen zwei Kardinäle und einundzwanzig Bischöfe zählten, befanden sich zahlreiche Gäste aus der Schweiz, Italien, Deutschland, Portugal und Kanada. Das Thema des Kongresses lautete: Der Priester als Diener am Wort Gottes. Referate hielten J. Daniélou SJ, M. Le Sourd PSS, Kanonikus Maiale, Roguet OP, Kanonikus Enne PSS und, als einziger Laie, J.-P. Dubois-Dumée, der Chefredakteur von „L'Actualité religieuse dans le Monde“. Neben den Vollversammlungen liefen Versammlungen städtischer, ländlicher und klösterlicher Seelsorger und Arbeitsgemeinschaften über besondere Themen, wie Kinderpredigt, Fastenpredigt, Priestergemeinschaften. Die Union des Oeuvres hatte im voraus einen Fragebogen versandt, auf den 600 Antworten von Laien eingingen. Eine weitere Umfrage, die noch fortgesetzt wird, veranstaltete Dubois-Dumée in „Témoignage Chrétien“.

Die Predigt als Akt der Kirche

Der Heilige Vater hatte durch Msgr. Montini ein Schreiben an den Kongreß richten lassen, in dem es u. a. heißt: „Die Diskussionen des Kongresses werden sich in diesem Jahr nicht mit einem speziellen Thema der Pfarrseelsorge beschäftigen, sondern mit einer grundlegenden Funktion jeglichen Apostolats: der Verkündigung des Wortes Gottes . . . Der erste Wunsch des Heiligen Vaters ist der, . . . daß der Kongreß in die Herzen der Priester die Überzeugung einsenke, daß es heute, wie in den ersten Zeiten der Kirche, keine wesentlichere Aufgabe gibt, als der Welt das Wort Gottes zu verkünden, keine apostolischere Arbeit, als unter allen Formen die Mission des Predigers des Evangeliums zu erfüllen . . . Man weiß, daß in der Kirche das Amt, zu predigen, dem Bischof übertragen ist, und daß kein Priester aus sich selbst das Recht zu dieser Funktion hat. Er muß einen legitimen Auftrag erhalten haben, den ihm nur der Bischof erteilen kann. Diese überlieferte Wahrheit . . . hat nicht nur disziplinäre Bedeutung. Denn durch diesen wesentlichen Bezug auf den Bischof wird die Predigt wirklich zu einem Akt der Kirche, dem Akt, durch den die Braut Christi fortfährt, durch die Stimme ihrer Priester die unerschöpflichen Reichtümer der Lehre des Evangeliums auszuteilen . . . Die Prediger mögen sich besonders in die Schule des hl. Paulus begeben, der die Sprache der menschlichen Weisheit und die Gunst der Menschen verschmähte und nichts kennen wollte als Jesus, den Gekreuzigten (Gal. 1, 10; 1 Kor. 2, 1—2). ‚Würdet ihr selbst zögern‘, fragt Seine Heiligkeit, ‚jene Torheit und Schwäche eines Gottes zu predigen, dem es gefallen hat, die Gläubigen durch die Torheit der Predigt zu retten?‘ (Ansprache vom 25. 2. 1941, AAS Bd. 34, S. 134).“

Wirkungslosigkeit der Predigt?

Die am Schluß des Kongresses herausgegebenen Konklusionen beginnen mit einem Zitat aus diesem Brief, daß nämlich die Predigt eine der wesentlichen Formen des Apostolates sei, und fahren dann fort: „Man muß also mit Macht gegen einen gewissen Pessimismus reagieren, demzufolge die Predigt heute mehr oder weniger wirkungslos ist.“

Dieser Pessimismus ist in Frankreich nach den Äußerungen des Kongresses offenbar sehr stark. „Die Predigt ist heutzutage mehr oder weniger ein Ritus . . . er wird automatisch vollzogen . . . Wozu predigen, niemand hört zu . . . Es wäre besser, die Kräfte auf Presse oder Fernsehen zu konzentrieren. Wenn St. Paulus heute wiederkäme, würde er Journalist werden.“ „Die wirksamsten Predigten, die heutzutage gehalten werden, sind die von Fresnay und Fernandel“ (Darsteller der Priestergestalten in den Filmen „Gott braucht Menschen“ und „Don Camillo“). „Wer eine gute Predigt hören will, stellt das Radio an.“ Stil und Inhalt der Predigt entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen des modernen „Verbrauchers“, man kann heute nicht mehr predigen wie vor fünfzig Jahren oder gar vor Jahrhunderten. Die Zuhörer der Predigt sind nicht nur mit den verschiedensten Mitteln der Seelsorge in Presse, Radio und Fernsehen vertraut, sie hören auch Wahl- und Parlamentsreden, sind daran gewöhnt, Diskussionen zu führen und in Rundfragen auf religiöse Probleme zu antworten. Sie sehen Filme, die der Geistliche nicht sieht, lesen Romane, von denen er nicht einmal den Titel kennt, stehen im Gewerkschaftsleben, an dem er nicht teilnimmt. Eine große Zahl von Predigten bewegt sich in einer Sphäre abstrakter Vorstellungen, die mit dieser wirklichen Welt nichts gemein hat.

Damit ist aber das Problem nicht erledigt. Noch heute ist die Sonntagspredigt für sehr viele, besonders die ärmeren Gläubigen, der einzige christliche Unterricht, den sie nach den halbverdauten Katechismusstunden ihrer Kindheit empfangen. Dubois-Dumée rechnet aus, daß ein Gläubiger während seines Lebens ungefähr 2500 Predigten hört. Keine andere Organisation hat die Möglichkeit, sich so häufig und regelmäßig an ihre Mitglieder zu wenden. Hier liegen ungeheure Möglichkeiten.

Die Predigt und die Messe

Man darf auch die Predigt nicht nach sozusagen journalistischen Maßstäben messen. Sie ist etwas ganz anderes und mehr als religiöser Journalismus. Vor allen Dingen ist sie eng mit der Messe verbunden.

„Sie führt“, so sagen die Konklusionen, „die Gläubigen zum Gebet, sie führt sie vor allen Dingen in das ‚Mysterium des Glaubens‘, wie es uns in der Messe geboten wird.“ Darum sollte sie nie verfehlen, an die Liturgie des jeweiligen Tages anzuknüpfen.

Lange Zeit wurde die Predigt für ein Sakrament gehalten: „Wie bei jedem Sakrament gibt es ein äußeres, sichtbares Zeichen — das Wort des Predigers — und eine übernatürliche Wirklichkeit — die durch die Macht des Wortes Gottes bewirkte innere Umwandlung“ (Maiale). Darum muß der Priester „in der Stufenleiter seiner Tätigkeiten den ersten Platz der Feier der Sonntagsmesse einräumen, in der das an die Gläubigen gerichtete Wort eine wesentliche Stelle einnimmt“. „Ein Priester sollte ebenso wenig des Dienstes am Worte Gottes müde werden, wie er müde wird, zu konsekrieren und die Eucharistie auszuteilen . . .“, aber „es wird noch dreißig oder vierzig Jahre dauern, ehe diese seltsame Trennung zwischen dem Brot des Wortes und dem eucharistischen Brot verschwindet“ (Enne). Die Predigt sollte sein „ein Dialog mit den Laien, den aktiven Gliedern der Kirche“, ja mehr als ein Dialog, „eine Gemeinschaft, die gemeinschaftliche Suche des Predigers und der Gemeinde nach dem Heiligen Geist“ (Daniélou).

Anknüpfung an die Wirklichkeit

Diese Gemeinschaft aber muß auf Wirklichkeit gerichtet sein, sie muß „die Wirklichkeit unseres Lebens, die Wirklichkeit Christi und die Wirklichkeit unseres Anhängens an Christus“ lebendig machen (Le Sourd).

„Darum muß“, so heißt es in den Konklusionen, „der Prediger sich in ständigem Kontakt mit den Gläubigen seiner Pfarrei halten, damit er imstande ist, auf ihre geistigen Bedürfnisse auf eine Weise zu antworten, die ihrer Psychologie und ihrer seelischen Haltung entspricht . . . Die Predigt muß den Materialismus der Umwelt in Rechnung stellen, besonders Existentialismus und Marxismus, von denen, mehr oder weniger bewußt, viele unserer Zeitgenossen beeinflusst sind. Ihre Lehre soll sich angesichts des pessimistischen Existentialismus auf einen übernatürlichen Optimismus stützen und angesichts des revolutionären Marxismus auf das Vertrauen zur Kirche, ihre Strukturen und ihre Mission. ‚Die christliche Hoffnung täuscht nicht.‘ . . . Der Prediger darf nicht vergessen, daß die Gläubigen ihr Christentum in ihrem alltäglichen, persönlichen, familiären, beruflichen und bürgerlichen Leben verwirklichen müssen. Folglich muß er familiären Problemen, sozialen Konflikten, internationalen Ereignissen und Ideenströmungen Rechnung tragen . . . und er soll sich nicht scheuen, die allzuleicht befriedigten Gewissen zu beruhigen.“

Natürlich dient die Predigt nicht dazu, etwa politische Ereignisse zu kommentieren oder in Parteistreitigkeiten Stellung zu nehmen. Vielmehr soll die Predigt den Laien helfen, „wenn sie ‚dafür‘ sind, auf christliche Weise ‚dafür‘ zu sein, und wenn sie ‚dagegen‘ sind, auf christliche Weise ‚dagegen‘ zu sein“ (Le Sourd). Außerdem soll sie zu aktuellen Ereignissen, wenn nötig, Stellung nehmen. So berichtet etwa die Umfrage von „Témoignage Chrétien“ von einem Dorf, in dem es während des Krieges keinen Schwarzhandel gab, da der Pfarrer häufig über dieses Thema gepredigt hatte, oder von einer Stadtpfarrei, in der nach einer Predigt über die Wohnungsnot die Familien bereit waren, Zimmer abzugeben.

Mitwirkung der Gläubigen

Die Gläubigen ihrerseits dürfen nicht passiv bleiben. „Die Predigt“, sagen die Konklusionen, „ist in dem Maße fruchtbar, als die Gläubigen sie im Geiste der Fügsamkeit gegen den Heiligen Geist anhören. Sie sollen auch nicht fürchten, dem Priester ihre geistlichen Bedürfnisse und die Schwierigkeiten ihres Lebens einfach mitzuteilen, damit sie von ihm die Hilfe empfangen, deren sie bedürfen, um allen ihren Pflichten gerecht zu werden. Sie sollen nicht zögern, im einzelnen um Erklärungen über gehörte Predigten zu bitten.“

„Modernität“

Damit die Predigt ihre Zwecke erreichen kann, muß zunächst ihr Stil „modern“ sein. Das heißt, mehr Bilder als Abstraktionen, mehr Beispiele als Theorien, keine „verschönernden“ Zutatzen, keine langatmige Rhetorik, keine ausgeklügelte Komposition. „Unsere Epoche ist die des *Zeugnisses* . . . Logik und Raisonement nützen wenig: was überzeugt, sind Tatsache, Erfahrung, Beispiel.“ Darüber hinaus macht Dubois-Dumée den Vorschlag, der Prediger solle sich gelegentlich überlegen, wie er seine Predigt etwa mit Fotografien illustrieren könnte. Das sei eine gute Übung, um anschaulich zu bleiben, — der Pre-

diger sollte ein guter Theologe sein, aber nicht zu viel Theologie in die Predigt bringen. (Und schon gar keine lateinischen Zitate.) Hingegen kann er sich nie genug auf Bibel und Liturgie berufen. Sie haben den Vorteil, historisch zu sein, zwei Dinge, die dem Menschen von heute liegen. Auch ist die Bibel weder zu weltlich noch zu doktrinär, zwei Vorwürfe, die man den Predigern des öfteren macht (Roguet).

Um den Predigern ihre Aufgabe zu erleichtern, wird vorgeschlagen, daß sie ihre Predigten in Gruppen vorbereiten.

Die Grundforderung

Alle Forderungen, die man an Prediger stellen kann, verblassen aber vor der Grundforderung, die Msgr. Montini in seinem Brief ausspricht, indem er auf das Vorbild des Pfarrers von Ars hinweist, und mit der die Konklusionen des Kongresses schließen:

„Darüber hinaus ist das, was die Predigt vor allem wirksam macht, die Heiligkeit des Priesters.“

„Vor allem ist nötig, daß der Prediger gläubig erscheine, und das heißt, daß er es sei. Er muß auch den glühenden Wunsch haben, diesen Glauben mitzuteilen, wie ein Geheimnis, das man nicht mehr für sich selbst behalten kann“ (Enne). Je weniger Umschweife er macht, um dieses Geheimnis mitzuteilen, und je weniger rhetorische Verzierungen — die nur ihn selbst befriedigen, die Zuhörer aber gänzlich kalt lassen — er anbringt, desto besser. „Die beste Predigt ist die, die weiß und wissen läßt, daß sie nicht genügt“ (Le Sourd). Ein echtes Zeugnis, in aller Unbeholfenheit gestammelt, hinterläßt oft den stärksten Eindruck. Für die Rhetorik alter Schule hingegen interessiert sich kein Mensch. Was die Gläubigen verlangen, ist das unverfälschte Wort Gottes als ihr tägliches Brot, ist die christliche Hoffnung und Freude der Predigt vom Gekreuzigten und Auferstandenen. Die Auferstehung Christi, die der Mittelpunkt und die Basis unseres Glaubens ist, und die den Mittelpunkt der apostolischen Predigt bildete, sollte auch der Angelpunkt unserer Predigten sein (Dubois-Dumée).

Kulturpolitische Aktivität belgischer Gewerkschaften In der Auseinandersetzung über die Frage, ob die Gewerkschaften das Recht zu kultureller Tätigkeit oder gar zu kulturpolitischer Initiative haben, ist ein Ereignis in Belgien von Bedeutung.

In Belgien hat die Christlich-Soziale Partei, die seit vier Jahren an der Regierung war, bei den diesjährigen Wahlen die Mehrheit verloren. Vorher standen 108 Abgeordnete dieser Partei 77 Sozialisten, 20 Liberalen und 7 Kommunisten gegenüber. Jetzt ziehen nur 94 Christlich-Soziale, dagegen 86 Sozialisten, 25 Liberale, 5 Kommunisten und 2 Abgeordnete von Splittergruppen ins Parlament ein. Diesem Verhältnis entspricht auch ungefähr die Verteilung der Senatssitze. Der Mehrheitsverlust der Christlich-Sozialen wurde durch die Aufstellung von mittelständischen, bäuerlichen und flämisch-nationalen Sonderlisten mitverursacht.

Die neue Regierung unter Führung des Sozialisten van Acker bedroht zwei Anliegen der belgischen Katholiken, in deren Bekämpfung die sozialistischen und die liberalen Koalitionspartner übereinstimmen: die Ratifikation eines Abkommens mit dem Heiligen Stuhl über Belgisch-Kongo

und die Zuschüsse an die katholischen Privatschulen. Belgien hatte sich verpflichtet, den Missionen im Kongo Staatszuschüsse zu gewähren, wofür die Missionsorden das Schulwesen in der Kolonie ausbauen sollten. Der Vertrag bedarf aber noch der Zustimmung des belgischen Senates, die jetzt fraglich geworden ist. In der Sache der Privatschulen sind vor allem die Sozialisten gegen die Beibehaltung der staatlichen Zuschüsse, die die christlich-soziale Mehrheit in den letzten vier Jahren nach und nach eingeführt hat.

Dazu haben jetzt die christlichen Gewerkschaften Partei ergriffen. Ihr Vorsitzender, August Cool, veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt: „Wenn die neue Regierung die höheren Interessen der katholischen Religion antastet, werden sich die christlichen Gewerkschaften sofort mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die belgischen Katholiken sind solidarisch. Wenn die Linksregierung katholikenfeindlich sein sollte und uns und unsere Glaubensgenossen in unseren religiösen Überzeugungen verletzt, besonders in bezug auf alles das, was für die Erziehung der Kinder der Arbeiterklasse geschehen ist, werden wir Widerstand leisten.“ Die Schärfe dieser Erklärung läßt darauf schließen, daß die Führung der christlichen Gewerkschaften entschlossen ist, in einer etwa kommenden kulturpolitischen Auseinandersetzung gewerkschaftliche Mittel einzusetzen, was sie damit begründet, daß die Interessen der Arbeiterschaft hiervon berührt werden. Dann entsteht jedoch die Frage, ob es überhaupt eine politische oder öffentliche Angelegenheit gibt, von der diese Interessen nicht berührt werden und in der die Gewerkschaften unzuständig sind.

Aus Amerika und Australien

Die Konversionsbewegungen in USA und England erregte ein Aufsatz von Will Oursler, dem Sohn des bekannten katholischen Konvertiten und Schriftstellers Fulton Oursler, im Aprilheft der protestantischen, aber keiner bestimmten Gemeinschaft zugehörigen Monatsschrift „Christian Herald“, die von dem bekannten Theologen Daniel A. Poling geleitet wird. Oursler behauptete, daß in den letzten zehn Jahren 4 144 366 Katholiken zum Protestantismus konvertiert seien, während nach Angabe des katholischen Statistischen Jahrbuchs in der gleichen Zeit nur 1 071 897 Konvertiten zur Katholischen Kirche übergetreten sind, über deren religiöse Herkunft keine Zahlenangaben zur Verfügung stehen.

Die in Amerika als sensationell empfundene Bekanntgabe dieser Nachricht scheint, wie die Zeitschrift „America“ (10. April 1954 S. 37) schreibt, durch den niederdrückenden Einfluß verursacht zu sein, den die Übertritte bekannter Persönlichkeiten zur Katholischen Kirche in protestantischen Kreisen ausüben. Der Herausgeber des „Christian Herald“ selbst sagt, daß ihm anlässlich der Konversion des bekannten Senators Robert F. Wagner die Frage gestellt worden sei: „Wird denn nie ein römischer Katholik zum Protestantismus bekehrt?“ Nun kann in der Schlagzeile festgestellt werden: „Diese Enquête zeigt, daß Bekehrungen römischer Katholiken zum Protestantismus weit zahlreicher sind als in der besser publizierten umgekehrten Richtung.“ Und der Verfasser des Aufsatzes sagt ausdrücklich, daß die Untersuchung zu dem Zweck

veranstaltet worden sei, um die Befürchtungen der Protestanten zu zerstreuen, daß der Protestantismus gegenüber dem Katholizismus an Boden verliere.

Nun entwertet es die Untersuchung nicht, daß sie eine Tendenz verfolgt. Sie wird sich aber eine Nachprüfung ihrer Grundlagen gefallen lassen müssen. Dieser Aufgabe haben sich sowohl protestantische wie katholische Fachleute unterzogen, und ihr Urteil ist nahezu vernichtend ausgefallen. Der Direktor des Forschungs-Departments des Rates der Kirchen von Massachusetts und Professor der Theologie an der Universität Boston, Dr. Glen W. Trimble, nannte die Ergebnisse in einem Aufsatz in „The Christian Science Monitor“ „naiv“ und „an der Grenze des Phantastischen“ liegend. Zu einem ähnlichen Urteil gelangten die Fachleute der Katholischen Universität von Amerika, die Statistiker Paul H. Furfey und Bernard G. Mulvaney, in einer eingehenden Untersuchung, die sie im NCWC-News Service veröffentlichten. Auch die Zeitschriften „America“ (10. April 1954) und „The Tablet“ (10. April 1954) sprechen der Enquête einen statistischen Wert ab.

Sie ist in folgender Weise durchgeführt worden: Man versandte an 25 000 protestantische Geistliche einen Fragebogen. 2 219 von ihnen gaben Antwort. Sie haben insgesamt in den letzten zehn Jahren 51 361 frühere Katholiken in ihre Gemeinden aufgenommen, das heißt im Durchschnitt 23,14. Diese Zahl multiplizierte man mit der Zahl aller protestantischen Geistlichen in USA, die nach der Enquête 181 000 beträgt, und so erzielte man die Summe von 4 144 366. Daß man diese Rechnung nicht ganz ernst nehmen kann, zeigt auch Oursler, wenn er schreibt, daß bei Berücksichtigung der möglichen Fehlerquellen „die Gesamtzahl (der Übergetretenen) kaum geringer als zwei bis drei Millionen sein dürfte, aller Wahrscheinlichkeit nach aber näher bei fünf Millionen liegen wird“. Das kann man wohl eine großzügige Rechnung nennen, die bei Statistikern ein bedenkliches Schütteln des Kopfes verursachen wird.

Es gibt keine Zahl in dieser ganzen Enquête, die nicht fragwürdig wäre. Nach dem Jahrbuch der amerikanischen Kirchen von 1953 gibt es im ganzen Lande 183 899 Geistliche, davon 14 953 katholische und 2 577 jüdische. Dann bleiben 166 369 für alle anderen Kirchengemeinschaften übrig, die demnach als Gesamtheit des Protestantismus zu gelten haben. Abgesehen davon, daß diese Zahl auf 181 000 abgerundet wurde, hat man vergessen, daran zu denken, daß sie nicht immer so hoch war. Die amtliche Statistik von 1940 zählt nur 140 077 Geistliche aller Konfessionen, die von 1950 168 419. Man ist demnach berechtigt, anzunehmen, daß die Zahl der protestantischen Geistlichen in der Enquête im Mittelwert um wenigstens 20% zu hoch angesetzt wurde.

Die 25 000 Befragten sind ausnahmslos aus 23 Städten in 14 Staaten genommen. Diese Auswahl widerspricht den Grundsätzen wissenschaftlicher Methode, um so mehr, als auch auf die Größe der jeweiligen Gemeinde, ihre Lage und soziale Struktur nicht geachtet wurde. Deshalb ist diese Zahl ohne repräsentativen Wert. Auf die Fragen antworteten nur 2 219, weniger als 9%, von denen ebenfalls zweifelhaft ist, ob sie die 91% Schweigenden repräsentieren. Es wäre nicht verwunderlich, wenn viele der Befragten deshalb nicht geantwortet hätten, weil sie keine derartigen Konvertiten vorzuweisen hatten.

Ferner bleibt ungeklärt, was die einzelnen Auskunft-

personen unter „Konversion vom Katholizismus“ verstanden haben. 284 Geistliche schrieben zum Beispiel, sie hätten diese Konvertiten ohne vorherigen Unterricht aufgenommen. Das läßt nicht den Schluß zu, daß es sich hier um religiöse Konversionen gehandelt hat. In die gleiche Richtung weist die Bemerkung, daß der Hauptgrund zum Übertritt in Mischehen gelegen habe. Es wird nicht ersichtlich, wie viele dieser Mischehen deshalb ungültig waren, weil ein geschiedener Partner daran beteiligt war und die Katholische Kirche deshalb die Trauung abgelehnt hatte. Wenn Katholiken aus diesem Grunde übertreten, wird man auch nicht sagen können, ihr Übertritt habe in religiöser Überzeugung seine Ursache gehabt. Auch das ist in der Enquête, soweit ihre Ergebnisse durch Ourslers Aufsatz bekannt wurden, nicht geklärt worden, ob die Übertretenden direkt aus der Katholischen Kirche kamen oder nur ursprünglich dort beheimatet waren. Bei der religiösen Fluktuation in den Vereinigten Staaten ist es leicht denkbar, daß diese Konvertiten nacheinander verschiedenen protestantischen Gemeinschaften angehört haben und mehrfach gezählt worden sind. So würde sich leichter erklären, daß sie vielfach ohne jeden vorbereitenden Unterricht aufgenommen worden sind. Wenn Oursler als ein weiteres Motiv zum Übertritt anführt, daß die Konvertiten wegen der „eisernen Disziplin“ der Katholischen Kirche zum Protestantismus gekommen seien, muß auch hier die Frage offen bleiben, inwieweit die Ablehnung dieser Disziplin einen religiösen und inwieweit sie einen sehr menschlichen Hintergrund hatte. Im zweiten Falle kann man nur sehr vorsichtig von einer „Konversion“ sprechen. Oursler spricht auch von Übertritten aus dogmatischer Überzeugung. Das widerlegt aber nicht, sondern bestätigt eher den Eindruck, daß die weit überwiegende Anzahl der Katholiken, die ihre Kirche verlassen, nicht etwa suchende, sondern resignierende Menschen sind. Trotzdem bleibt es richtig, daß die Zahl der Abfälle von der Katholischen Kirche auch in Amerika schmerzlich hoch ist und daß eine größere Zahl von Gläubigen zum Protestantismus übertritt, als in katholischen Kreisen angenommen wird. Das bestätigt eine zweite Enquête, die im Auftrag des „Catholic Digest“ von der Chicagoer Firma Ben Gaffin & Co. unter Mitwirkung von Dr. George Gallup durchgeführt wurde. Sie ergab, daß in den letzten zwanzig (!) Jahren 1 896 000 Protestanten zur Katholischen Kirche übertraten und 1 434 000 Katholiken zum Protestantismus. Von ihnen wurden 180 000 Baptisten, 332 000 Methodisten, 316 000 Lutheraner, 72 000 Presbyterianer, 30 000 Episkopalisten und die übrigen, etwa 504 000, Mitglieder anderer Gemeinden. 35 000 Katholiken traten zum Judentum über. Die meisten katholischen Konvertiten kamen von den Methodisten (474 000) und ziemlich gleichmäßig von den Baptisten, Lutheranern, Presbyterianern und Episkopalisten her. Ihr Anteil wird mit je etwa 237 000 angegeben. So ergibt sich, daß einzelne protestantische Gemeinschaften, besonders die Lutheraner, mehr Gewinne als Verluste hatten.

Für und wider die Filmzensur In den Vereinigten Staaten gibt es zum Schutz der Filmmoral weltanschauliche Organisationen wie die katholische Legion of Decency, deren Wirksamkeit ausschließlich davon abhängt, wie viele Filmbesucher sich nach ihren Empfehlungen

richten, ferner den sogenannten Hollywood Code, eine Selbstkontrolle, der sich die meisten und größten Produktionsfirmen unterwerfen, und endlich in sechs Staaten und einer Anzahl von Städten Filmzensurbehörden, die insbesondere gegen sakrilegische, unmoralische und zum Verbrechen aufreizende Filme im voraus einschreiten.

Die Tätigkeit der weltanschaulichen Organisationen ist unangefochten und im allgemeinen von erheblicher Wirkung auf die öffentliche Meinung. In seltenen Fällen erhält sie dadurch Nachdruck, daß kirchliche Oberhirten zu Filmen von besonderer Bedeutung amtlich Stellung nehmen. So verbot vor einiger Zeit der Erzbischof Ritter von St. Louis den Gläubigen unter schwerer Sünde den Besuch eines Filmes, in dem längere Szenen zu sehen waren, die selbst von weitherziger Kritik als pornographisch bezeichnet wurden.

Für den Hollywood Code verlangen einflußreiche Stimmen aus der Filmwelt, so etwa der Produzent Samuel Goldwyn, eine Revision im Sinne der Anpassung an die heutigen Anschauungen. Er ist also in seiner gegenwärtigen Gestalt umstritten, ohne daß deswegen die grundsätzliche Angemessenheit einer Selbstkontrolle in Frage gestellt würde.

Dagegen bedroht die amerikanische Verfassung und ihr Hüter, der Oberste Gerichtshof, das Fortbestehen der Zensur durch Staatsbehörden. Wie die Herder-Korrespondenz berichtete (vgl. 8. Jhg., S. 222 und 268), hat der Oberste Gerichtshof in mehreren Fällen Urteile der Zensurbehörden aufgehoben, da die Kategorien „Unmoral“, „Aufreizung zum Verbrechen“ oder „Sakrileg“ so unbestimmt seien, daß ihre Anwendung zum Zweck eines Filmverbotes tatsächlich den Zensurbehörden die Möglichkeit gäbe, die verfassungsmäßige Freiheit der Meinungsäußerung zu mißachten. Bemerkenswert ist es, daß eine Minorität unter den Bundesrichtern jede Zensur als unvereinbar mit der Verfassung ansieht. Sachverständige nehmen an, daß diese Meinung sich durchsetzen wird, so daß die Tage der Filmzensur gezählt sind.

Die Gesetzgeber des Staates New York, dessen Zensur zuletzt durch den Obersten Gerichtshof desavouiert wurde, haben allerdings versucht, die Gesetzeslücke zu schließen und genauere Definitionen der angefochtenen Verbotgründe zu schaffen. Als unmoralisch hat in Zukunft ein Film zu gelten, wenn „seine vorherrschende Absicht oder Wirkung erotisch oder pornographisch ist oder wenn er geschlechtlich unmoralisch, perverse oder unzüchtige Handlungen zeigt oder wenn er ausdrücklich oder einschlußweise solche Handlungen als wünschenswert, annehmbar oder als anständige Verhaltensweisen darstellt“. Als aufreizend zum Verbrechen bezeichnet das neue Gesetz einen Film, wenn „seine vorherrschende Absicht oder Wirkung nahelegt, daß das Begehen eines Verbrechens oder die Mißachtung des Gesetzes vorteilhaft, wünschenswert oder ein annehmbares oder achtbares Verhalten ist oder wenn der Film für den Gebrauch von oder die Methoden des Gebrauchs von narkotischen Mitteln oder suchtfördernden Drogen eintritt oder deren Gebrauch oder seine Methoden lehrt“.

Es steht dahin, ob diese umständlichen Definitionen den Obersten Gerichtshof davon überzeugen werden, daß die Ermessenswillkür der Zensur durch sie beseitigt ist. Wenn das der Fall wäre, könnte sich zugleich aber auch eine unerwünschte Nebenwirkung zeigen. Die Umschreibung

der allgemeinen Begriffe könnte gewisse Produzenten dazu verleiten, das Gesetz zu umgehen; denn aus diesen Definitionen läßt sich ja bei raffinierter Auslegung auch folgern, daß vieles gezeigt werden kann, was ein Teil des Publikums sehen möchte, wenn es nur im Film moralisch gerichtet wird. Beides zu vereinigen, das wird dann eine technische Aufgabe für die Drehbuchautoren und Regisseure sein.

Die Frage, ob es richtig und klug ist, den verzweifelten Kampf um die Aufrechterhaltung der Filmzensur mitzukämpfen, wie die katholische Presse und öffentliche Meinung in Amerika es ganz überwiegend tut, wurde vor einiger Zeit in einem Aufsatz „Freedom of the Screen“ von William P. Clancy in der katholischen Zeitschrift „The Commonweal“ (19. Februar 1954 S. 500) aufgeworfen und verneint. Der Verfasser unterscheidet zwischen der Pflicht des Staates, gewisse Tatbestände öffentlichen Ärgernisses strafrechtlich zu verfolgen, und einer der Filmzensur unterstellten vorbeugenden und moralpädagogischen Funktion des Staates. Er bringt den Gerichten das Vertrauen entgegen, daß sie ein geschehenes Ärgernis zu beurteilen vermögen, aber er bezweifelt die Fähigkeit von Verwaltungsbehörden, eine prophetische Rolle zu spielen, und meint, daß eine Zumutung dieser Art die Ermessenswillkür herausfordere. Was ein Film angeht, kann der Staat feststellen, was aber beabsichtigt oder in Zukunft anrichten wird, das zu beurteilen wird immer eine Sache der persönlichen Meinung sein, die in einer Demokratie nicht zum Gesetz erhoben werden kann. In der Praxis wird also, meint Clancy, die Zulassung eines Films von der zufälligen Zusammensetzung des Kollegiums der Zensoren abhängig sein, und das heißt nichts anderes als ein Grundrecht der Demokratie politischen oder weltanschaulichen Machtkämpfen aussetzen. Warum, so fragt er zum Beispiel, sollte nicht eine Zensurbehörde auf den Gedanken kommen, den Bernadette-Film für abergläubisch und darum für sakrilegisch zu erklären? Er hätte auch darauf verweisen können, daß die Zensurbehörde im kanadischen Quebec den Lutherfilm verboten hat. Die Herder-Korrespondenz hat diesen Film rezensiert (8. Jhg., S. 319). Aber daß es dem Staat überlassen werden dürfte, über einen Film zu urteilen, der von einer großen kirchlichen Gemeinschaft als Repräsentation ihres Glaubens betrachtet wird, das wäre gewiß eine illegitime Ausgeburt katholischer Staatsphilosophie.

Clancy hat den Mut, Grundsätze anzuwenden, wenn er der katholischen Presse seines Landes in ihrem Kampf für die Zensur gefährliche Übertreibungen vorwirft. Er wählt als Beispiel dieselbe Äußerung der Chikagoer Bistumszeitung, die auch in dieser Zeitschrift (8. Jhg., S. 268) bedenklich gefunden wurde. Wenn der Oberste Gerichtshof der Staaten erklärt, so hieß es in jener Zeitung, daß Unsittlichkeit ein unbestimmter Begriff ist, dann entrechtet er den Begriff der Sittlichkeit. „Dann sind schlimme Zeiten über unser geliebtes Land hereingebrochen!“ Über diese Proskynese fällt Clancy ein schneidendes Urteil: „Wenn man sagt, daß in unserm Staat nichts bestehen kann, was der Staat nicht garantiert, läßt man nichts mehr übrig als den Staat.“ Und übrigens, fügt er hinzu, eine böse (häretische) Ansicht, daß staatlich erzwungene Moral Moral ist!

So frank der Aufsatz von Clancy nun also den Tendenzen der amerikanischen katholischen öffentlichen Meinung, die

den Staat zum Schutz der Moral anruft, widerspricht, so frei fordert er das Recht für eine liberale, demokratische katholische „pressure group“. Wir berichten auch darüber. Denn wenn der erste Teil dieser Meldung gewissen Tendenzen unter Katholiken widersprach, vermittelt der zweite eine Vorstellung davon, was man im Lande der Freiheit unter Liberalismus versteht.

Clancy sagt: Das Vorgehen des Erzbischofs Ritter von St. Louis gegen einen Film, den er für unmoralisch hielt, ist ein absolutes Modell dafür, wie man in einer Demokratie vorzugehen hat: „Druck ausüben ist ein legitimes Mittel des demokratischen Prozesses.“ Und er fügt einen Satz hinzu, der von diesem Anlaß aus ins Grundsätzliche hineinleuchtet und in der Auseinandersetzung mit den Liberalen Mitteleuropas gute Dienste leistet: „Diejenigen Liberalen, die dagegen sind, wenn ein Katholik davon Gebrauch macht, geben ihrem Ruf für Konfusion einen Vorwand. Die Protektion moralischer Werte ist die eigenste Aufgabe religiöser Autoritäten. In Wahrung dieser Pflicht haben sie das Recht und die Pflicht zugleich, zu ermahnen, zu warnen, diejenigen zu leiten, deren geistliche Sorge ihnen anvertraut ist. Und in einer freien demokratischen Gesellschaft haben sie das Recht, sich der gewöhnlichen demokratischen Mittel zu bedienen — Druckmaßnahmen eingeschlossen —, um zum Ziel zu kommen.“

Es ist nicht unnütz, wenn Clancy andererseits davor warnt, solche Mittel über Gebühr zu benutzen, zum Beispiel unmoralisch zu nennen, was nicht evident unmoralisch ist. Ein gewisses Risiko des Vertrauens auf die Entscheidung des einzelnen, sagt er, muß auch die Kirche in Kauf nehmen, wenn sie die Freiheit will. Sie muß an die Gewissen, nicht an den Staat appellieren. Und sie muß sich damit vertraut machen, daß die Freiheit, die sie politisch fordert, für alle gelten muß. „Demokratie kann niemals ganz in Sicherheit gebracht werden.“

Das Gewerkschaftsgesetz von Neu-Süd-Wales

Wie die Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 163) berichtete, wurde im Parlament des industriell führenden Bundesstaates von Australien, in Neu-Süd-Wales, im vergangenen Herbst ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der für alle Angestellten und Arbeiter den Zwang zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft vorsah. Der Antrag hat die Mehrheit gefunden und ist nunmehr als Gesetz verkündet worden. Ein solches Gesetz ist zweifellos von hoher grundsätzlicher Bedeutung. In der Absicht, dem Einfluß entgegenzuwirken, den die Kommunisten dank ihrer Regsamkeit auf die gewerkschaftliche Führung ausüben, aber auch die politische Herrschaft der Labour-Partei zu befestigen, sucht man über den Mitgliedszwang die Gewerkschaftswahlen zu regulieren. Die katholische Kirche hat sich einer Stellungnahme zu dem Gesetz enthalten. Unter den Katholiken waren die Meinungen geteilt. Die einen lehnten diesen Staatseingriff in die Organisationsfreiheit als unberechtigte Erweiterung der Staatskompetenz ab, die anderen verteidigten ihn mit Berufung auf das Gemeinwohl.

Nach der Verkündung des Gesetzes hat die australische katholische Arbeiterzeitung „Catholic Worker“ noch einmal ihre Einwände formuliert. Durch dieses Gesetz, so schreibt sie, werden die Gewerkschaften zu Mitteln der staatlichen Politik gemacht und des Status freier Ver-

einigungen beraubt. Besonders wendet sich das Blatt gegen die Bestimmung des Gesetzes, daß die Gewerkschaften jeden, der sich um die Mitgliedschaft bewirbt, aufnehmen müssen. „Wir widersetzen uns diesem Gesetz, weil wir überzeugt sind, daß die Gewerkschaften in dem Augenblick, da sie nicht mehr das Recht haben, die Aufnahme neuer Mitglieder nach ihrem eigenen Willen zu regeln, aufhören, Gewerkschaften zu sein.“

Bisher hätten die Gewerkschaften unerwünschte Mitglieder ausschließen können. „Dieses Recht“, schreibt das Blatt, „wurde ursprünglich festgelegt, um solche Leute fernzuhalten, die ihrem Charakter nach unerwünscht waren. Später haben die Gewerkschaften davon Gebrauch gemacht, um Personen auszuschließen, deren politische Ansichten oder Tätigkeiten als innere Gefahr betrachtet wurden.“ In Zukunft werde dieses Recht von der Zustimmung einer Kontrollkommission abhängig gemacht. Damit seien die Gewerkschaften Bestandteile eines Staatsyndikalismus geworden, wie er ja in Europa aus dem faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Regime bekannt ist. Jedoch besteht auch weiterhin der wichtige Unterschied, daß in Australien keine Einheitsgewerkschaft gegründet wurde, sondern die Wahl zwischen den verschiedenen bestehenden Gewerkschaften bestehen bleibt und die Gründung neuer nicht ausgeschlossen ist. Immerhin kann auch dann die Mitgliedsbewegung von politischen Kräften gesteuert werden, und die Politisierung der Gewerkschaften schreitet fort.

Aus den Missionen

Die Kirche in Angola und Mozambique. Missionsgebetsintention für Juli 1954

Das Kernstück des portugiesischen Kolonialreiches sind heute die beiden gewaltigen Gebiete von Angola (Portugiesisch-Westafrika) und Mozambique (Portugiesisch-Ostafrika). Man muß gleich erklärend hinzufügen, daß man das Wort „Kolonie“ in der amtlichen Sprache und auch im bürgerlichen Leben Portugals und seiner überseeischen Besitzungen nicht mehr liebt. Angola, $13\frac{1}{2}$ mal größer als Portugal, und Mozambique, immerhin noch 8 mal größer als die lusitanische Republik, sind heute „überseeische Provinzen“. Beide Länder könnten von Ozean zu Ozean einen portugiesischen Landgürtel quer durch Afrika bilden, wenn sich nicht britisches Gebiet dazwischen drängte. Immerhin sind die äußersten Spitzen von Angola und Mozambique im Innern des Erdteils nur 7—800 km voneinander entfernt.

Von diesem großen portugiesischen Besitz ist in der Weltöffentlichkeit wenig die Rede, und die Eigenart seines kirchlichen Status — er untersteht als Padroado-Gebiet der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten — hat auch bis in die jüngste Zeit verhindert, daß Portugiesisch-Ost- und Westafrika in der allgemeinen Missionswerbung sowie in missionsstrategischen Betrachtungen die gebührende Beachtung fanden. Die Portugiesen haben es seit jeher geliebt, ihre Kolonien nach eigenen Rezepten zu betreuen. Man sagt ihnen nach, daß sie keine fremden Methoden annehmen, ihre eigenen aber aller Welt zur Nachahmung empfehlen. Im übrigen wollen sie mit ihren afrikanischen Schützlingen unter sich bleiben und halten sich auch von den Vereinten Nationen fern, deren Organisationen (Unesco usw.) in Portugiesisch-

Afrika kein Experimentierfeld besitzen. Die Isolierung wird durch die Wirtschaftspolitik erleichtert, die durch Vorzugszölle den Handel zwischen den Kolonien und der Metropole schützt und ausländischen Schiffen nicht gestattet, Transporte zwischen Portugal und seinen Kolonien auszuführen. Die Abschließung vom Weltverkehr ist so stark, daß es zur Zeit keine direkte Schiffsverbindung von Angola nach Brasilien gibt, obwohl auf diesem Wege mehrere Jahrhunderte lang die großen Sklaventransporte von Afrika in die Neue Welt gingen. Kulturell sind die afrikanischen Gebiete Portugals ebenfalls ganz auf die Metropole ausgerichtet. Es gibt dort keine einzige Universität. Die Weißen und die wenigen Schwarzen, die zum Hochschulstudium gelangen, müssen ihre Bildung in Portugal erwerben. Ausgenommen sind nur die 140 einheimischen Theologen, die im Lande selbst ihre Studien vollenden. Das ganze Schulsystem in den beiden Gebieten ist zweigliedrig. Aus dem Eingeborenen-System ist für begabte Schwarze ein durch Prüfungen kontrollierter Übergang in das Schulsystem für Europäer möglich, das fast ebenso vielen Mischlingen wie Europäern Bildung bis zum Abschluß des Gymnasiums vermittelt. Eine strenge Auslese der Schwarzen sucht das Entstehen des von den Portugiesen außerordentlich gefürchteten Gebildetenproletariats zu verhüten. Dem gleichen Zweck dient auch die Gabelung der Schulsysteme für Schwarze und Weiße in praktisch-technische und wissenschaftlich-theoretische Abteilungen. Auf jeder Stufe suchen die Portugiesen so dem Lande die Kräfte für den Aufbau der Landwirtschaft, des Handwerks und der Technik zu sichern, die dringend benötigt werden. Die Examina aller Stufen berechtigen zur Einnahme jeweils bestimmter Stellungen in der Beamtenhierarchie. Schwarze, Mischlinge und Weiße haben so die gleichen Bildungs- und Anstellungsmöglichkeiten. Es ist den Portugiesen bisher gelungen, in allen Berufen und in den öffentlichen Diensten ein friedliches Nebeneinander aller Rassen zu sichern. Ebenso konnten sie das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der wirtschaftlich noch gering entwickelten Kolonialgebiete sichern, von denen vor allem Angola reich an noch ungehobenen Bodenschätzen ist. Die Zukunft wird zeigen, ob die anerkannte kolonisatorische Fähigkeit der Portugiesen bei dem schnellen Fortschreiten der Schwarzenemanzipation die Kontrolle über die Entwicklung behält.

Grundsätze portugiesischer Einheimischen-Politik

Portugiesisch-Afrika gerät allmählich in die großen Weltanschauungskämpfe hinein, die ganz Afrika erfassen. Die 100 000 Mohammedaner und die indische politische Propaganda machen sich in Mozambique sehr bemerkbar. Gestützt auf internationale Verträge, dringen die Protestanten als zweite große christliche Konfession in beide Gebiete ein. Sie haben sich eine weitgehende rechtliche Gleichstellung mit den Katholiken erkämpft und verstärken ihre Missionskräfte durch freiwerdende China-missionare. Schließlich sucht der Kommunismus, von der russischen Gesandtschaft in Addis Abeba aus ferngesteuert, das heidnische Element mit seinen Ideen zu gewinnen und das bisher friedliche Einvernehmen zwischen Europäern und Afrikanern zu stören. Trotzdem gilt Portugiesisch-Afrika noch unumstritten als das ruhigste Gebiet südlich der Sahara. Die Rassenfrage spielt noch keine Rolle, und die Erfahrung der Kolonialgeschichte zeigt, daß der Por-

tugiese von allen Europäern den Afrikaner vielleicht am besten versteht. Die Portugiesen kennen keine Rassenschranke. Ihr System ist das der Assimilation. Sie haben es bisher verstanden, den portugiesischen „way of life“ als erstrebenswertes Ideal hinzustellen, zu dem die Einheimischen in Bildungsstufen emporklettern können. Der Erfolg ist, daß sich die „Assimilierten“ — es sind im Grunde noch erst wenige — als Vollportugiesen fühlen können und als solche jeden Rechtsschutz wie die Weißen genießen, während die anderen keinen größeren Wunsch haben, als „Portugiesen“ zu werden, mag auch vorerst nur ein heißersehnter portugiesischer Vorname als Unterpfand für die Erfüllung der Verheißung betrachtet werden.

Obwohl die Hauptstädte der beiden Gebiete das Gepräge portugiesischer Zivilisation tragen — besonders Sao Paulo de Loanda in Angola ist kulturell und architektonisch ein Klein-Lissabon —, bewegt sich hier Weiß und Schwarz und Mischblut nebeneinander. Es ist hier ähnlich wie in dem von Portugiesen kolonisierten Brasilien, wo sich die Nachkommen der aus Portugiesisch-Afrika herübergeholtten Schwarzen mit den Weißen und Indianern zu einer neuen Mischrasse verbinden, in der das Negerblut offensichtlich die stärkste biologische Durchschlagskraft hat. In Portugiesisch-Afrika bewohnen „evoluierte“ Schwarze und Mischlinge Villen neben Weißen oder leben sogar im gleichen Hause, drücken (innerhalb des Systems des gehobenen Unterrichts) weiße, schwarze und „farbige“ Kinder die gleichen Schulbänke, kennt man keine Rassentrennung in der Kirche, im Autobus, im Restaurant und Café, am Postschalter und in den öffentlichen Parks. Im ersten Hotel Loandas bedienen weiße Oberkellner anstandslos schwarze Damen, und während die dritte Klasse der Eisenbahn für die Weißen gesperrt ist — Portugal vernachlässigt die Sichtbarmachung der Aufstiegshierarchie für die Schwarzen durchaus nicht —, darf der „entwickelte“ Schwarze, der die nötigen Examensausweise besitzt, sogar erster Klasse fahren. Der Staat schützt jeden Einheimischen vor kolonialer Ausbeutung, zwingt ihn aber zur Arbeit. Wer nicht sein Feld bearbeitet oder als Angestellter sein Brot verdient, muß in Angola sechs Monate im Jahr ohne Entgelt Straßenbauarbeiten verrichten, was jüngst eine UN-Kommission als verhüllte Zwangsarbeit brandmarkte, ohne daß Portugal von dieser Ausstellung Notiz nahm. Die Einheimischen dürfen wohl Land von Europäern kaufen, nicht aber an diese verkaufen. In Mozambique sind so 90% des Bodens in der Hand der Einheimischen! Weder die europäischen Kolonisten noch Kapitalgesellschaften oder Industrieunternehmen bestimmen irgendwie den Kurs der Entwicklung. So steht das „lusitanische“ Assimilationssystem in schroffstem Gegensatz zum „batavischen“ Segregations- bzw. Niederhaltungssystem des heutigen Südafrika. Zweifellos ist es das glücklichere System!

Ein Blick in die Kirchengeschichte

Der Entwicklungsrückstand der portugiesischen Gebiete auf dem afrikanischen Festland, der trotz der dort Jahrhunderte herrschenden „Pax Lusitanica“ unleugbar ist, hat hauptsächlich zwei Ursachen. Die erste ist, daß Portugal nach Versuchen, dort Handelsfaktoreien einzurichten, durch den Reichtum seiner Besitzungen in Indien, später auch durch die dort auftretenden Schwierigkeiten und die Kämpfe mit den jüngeren Seemächten veranlaßt wurde,

diese Stützpunkte regelrecht zu vernachlässigen. Man fuhr achtlos an Afrika vorbei. Der zweite Grund war die antiklerikale Kirchenpolitik des 18. Jahrhunderts (Pombal, Vertreibung der Jesuiten) und die Neuaufgabe dieser Politik im 20. Jahrhundert (Revolution von 1910). Nachdem Portugal mit den im „Padroado“ gegebenen Vollmachten die Christianisierung seiner Kolonien als heilige Aufgabe übernommen hatte, mußte die spätere antikirchliche Politik von 1759 bis 1926 ein Missionswerk fast vollständig zerstören, das die Eingeborenenerziehung unter Aufsicht des Staates ausschließlich leiten sollte. Die mehrfache Vertreibung der Orden, namentlich der Jesuiten, hat zivilisatorisch den portugiesischen Gebieten in Afrika, die nach über vierhundertjähriger Missionsarbeit heute zu den blühendsten in ganz Afrika gehören könnten, unberechenbaren Schaden zugefügt. Als Livingstone vor 100 Jahren zweimal den afrikanischen Kontinent durchquerte, hat er in Angola und Mozambique die Trümmer der Missionsarbeit selbst in den Tiefen der Urwälder besichtigt. Dieser protestantische Forscher konnte nur bezeugen, daß die Missionare bei den Einheimischen das beste Andenken hinterlassen hatten. Überall habe er eine große Zahl Schwarzer gefunden, die lesen und schreiben konnten . . .

Es ist bekannt, daß das Padroado („Patronat“) die Missionsarbeit ganz in die Verantwortung des Staates stellte. Als dieser seine Pflichten vernachlässigte und die ihm gegebenen Rechte mißbrauchte, hat die eigentlich zur Behebung dieses Notstandes im Jahre 1622 gegründete Propagandakongregation versucht, durch eigene Missionare da zu helfen, wo die Staatsmission versagte. Die Portugiesen haben diese Hilfe nicht gerne angenommen, zumal sie meist von Glaubensboten nichtportugiesischer Staatsangehörigkeit geleistet wurde. Bis in die jüngste Zeit ist dieser Widerstand örtlich wirksam gewesen, obwohl das Konkordat von 1940 der Kirche die Freiheit gab, wenn nötig neue ausländische Missionskräfte in den portugiesischen Kolonien einzusetzen.

Einheimische Kirche?

Man sollte meinen, daß die portugiesische Kolonialpolitik, die nichts von Rassenantipathie weiß, der Bildung einer einheimischen Kirche günstig gewesen wäre. Es sah im Anfang so aus. Weihte doch Papst Leo X. vor über 400 Jahren auf Bitten des portugiesischen Königs Emmanuel zu Rom den Sohn des Kongo-Königs, Henricus, zum Bischof. Dieser kehrte mit einer Anzahl von schwarzen Priestern aus Italien nach Afrika zurück, war 13 Jahre lang bis zu seinem Tode ein guter und tadelsfreier Oberhirte und hat viel für Erhaltung und Ausbreitung des Glaubens getan. Aber obwohl Portugal gegen einen schwarzen Kolonialklerus niederen Grades nichts einzuwenden hatte — es gab sogar in Loanda schwarze Kanoniker —, hat es doch nicht den Aufbau einer afrikanischen Hierarchie gefördert, weil dies seinem Assimilationsprinzip widersprach. Bei der engen Verbindung zwischen Kirche und Staat konnte das für die Suprematiestellung Portugals gefährlich werden. So versteht man auch, warum Staat und Kirche ein ganzes Jahrhundert lang (17. Jahrh.) ohne Ergebnis über die Gründung eines Seminars für einheimische Priester in Angola verhandelten. Jeder systematische Versuch zur Schaffung einer Kirche der Schwarzen war verdächtig. Das Ergebnis ist, daß Jahrhunderte nach der portugiesischen Besitznahme afri-

kanischen Bodens, zu einer Zeit, wo Rom in den verschiedensten Teilen Afrikas einheimische Bischöfe ernennt, wo in Belgisch-Kongo nach der Ratifizierung des Abkommens über die Einrichtung der Hierarchie mit der Ernennung der ersten schwarzen Bischöfe zu rechnen ist, Angola bei 1 Million Katholiken (25 % der Gesamtbevölkerung) nur 43 einheimische Priester zählt, Mozambique bei 300 000 Katholiken (5 % der Gesamtbevölkerung) nur einen im Vorjahr zu Lissabon geweihten schwarzen Priester (Franziskaner). Was immer man aus der äußerst störungsreich verlaufenen kirchlichen Entwicklung Portugiesisch-Afrikas entschuldigend anführen mag: die Schäden europäischer Kolonialpolitik eines katholischen Landes für die Einwurzelung der Kirche in Afrika sind hier allzu deutlich.

Das Konkordat von 1940

Gerade begannen sich die Missionen Portugiesisch-Afrikas nach zwei Jahrhunderten des Vegetierens zu erholen — Angola zählte 1905 noch 7000 praktizierende Christen und Mozambique 3500 —, da vertrieb die antiklerikale Republik von 1910 die Jesuiten erneut aus den Kolonien und strich die Staatsbeihilfen für die Missionen, auf die die Kirche im Patronatssystem vollkommen angewiesen war. Das ganze Missionswerk geriet erneut ins Stocken. Wenn Angola hinsichtlich der Katholikenzahl soviel günstiger dasteht als Mozambique, so ist dies hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben, daß sich dort ein Teil der Ordensleute, vor allem die Spiritaner, halten konnten, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts das Hauptverdienst an der Entwicklung des Katholizismus in Angola haben. Von den im Lande tätigen 372 Priestern gehörten 1951 269 dieser Gesellschaft an, die sich in Portugal eigene Nachwuchszentren schuf. Auch die deutsche Provinz dieser Gesellschaft (Hauptbildungszentrum Knechtsteden bei Neuß) hat der Angola-Mission in beschränktem Umfang Kräfte zur Verfügung stellen können. Während des letzten portugiesischen Kulturkampfes (nach 1910) gaben deutsche und österreichische Steyler Patres in Mozambique eine kurze Gastrolle. Als Portugal 1916 Deutschland den Krieg erklärte, mußten diese Missionare aber wieder weichen. Erst 1926 entschloß sich die Regierung, nach 16 Jahren ruinöser Kirchenpolitik die Missionshierarchie in den Kolonien anzuerkennen und die Kirche dort nach den Grundsätzen des kirchlichen Rechtsbuches als juristische Persönlichkeit und als unabhängige Gesellschaft anzuerkennen.

Ein vollständiger politischer Umbruch brachte dann Salazar ans Ruder. Dieser schloß im Jahre 1940 mit der Kirche ein Konkordat, das noch auf der Grundidee des Padroado basiert, sich aber vom alten Staats-Patronat dadurch wesentlich unterscheidet, daß es der Kirche die innere Selbständigkeit und Ordnungsgewalt bis in die letzten Verzweigungen der Seelsorge vollständig sichert. Die störenden, ja lebensbedrohenden staatlichen Einmischungen und Zwischenschaltungen sind beseitigt. Der Staat ist in den Missionen nicht mehr „Missionar“, sondern Helfer der Mission.

Hinsichtlich der Ernennung der Bischöfe, die Portugiesen sein sollen, aber in neuen Missionssprengeln, wenn nicht geeignete portugiesische Kräfte zur Verfügung stehen, auch Ausländer sein dürfen, ist das Placet der Regierung einzuholen, die aber nach dem Wortlaut der Bestimmungen kein absolutes Einspruchsrecht besitzt. In einem

dem Konkordat (als dem Mantelvertrag) angeschlossenen Missionsabkommen, das im Missionsvertrag von 1941 die Ausführungsbestimmungen weiterentwickelt, überläßt der Staat das ganze Eingeborenen-schulwesen grundsätzlich der Mission (die leider wegen Kräftemangel nicht alle Schulen übernehmen konnte). In den Missionsschulen ist Portugiesisch Pflichtfach. Der Religionsunterricht ist obligatorisch, soll aber in der Muttersprache erteilt werden. Der Staat zahlt den Bischöfen und Priestern Gehälter und Pensionen. Sie sind den Staatsbeamten gleichgestellt, unterstehen aber nicht dem Beamtenrecht des Staates. Die Regierung trägt die Hospitalkosten und die notwendigen Erholungsaufenthalte der Missionare in der Heimat und gibt ihnen dafür wie den Staatsbeamten freie Fahrt. Großzügig dotiert der Staat die Missionseinrichtungen durch Hergabe von Land und Geld. Die Missionen und Missionare, selbst die 8000 Katechisten Angolas, sind steuerfrei. Um diese Katechisten, die auch eine religiöse und technische Ausbildung (in Landwirtschaft, Sanitätswesen usw.) erhalten und am Tage die Kinder, abends die Erwachsenen unterrichten, gruppiert sich in Angola das ganze Werk der zivilisatorischen Hebung der Einheimischen, während in Mozambique das Katechistensystem leider nur sehr schwach entwickelt ist. Die reichen staatlichen Mittel gelangen nur über die Bischöfe zur Verteilung, um jede ungebetene Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten der Kirche zu vermeiden. Die gesamten Ausbildungsstätten für die Missionare werden vom Staat unterhalten. Das Volksschulwesen und ein sehr beträchtlicher Teil des höheren Schulwesens sind in Händen der Kirche. Aber auch Protestanten und Private dürfen gehobene Schulen errichten, wurden indes bisher finanziell nicht begünstigt. Es scheint, daß der Staat aber allmählich auch den Protestanten die volle Gleichberechtigung in der Frage der Schulbeihilfen gewähren wird. Die Provinzialbehörden schützen die kirchlich geschlossene Einehe und drängen durch gesetzliche Maßnahmen die Vielehe überall da zurück, wo das Brauchtum der Eingeborenen durch moderne westliche Lebensformen seine Kraft verliert. In den Städten läßt man die Polygamie der Einheimischen aussterben. Polygame dürfen dort bei Todesfällen von Frauen ihre Ehe nicht durch Zuwahl neuer Frauen ergänzen. Die religiös und bevölkerungspolitisch segensreiche Maßnahme, die seit 1918 entwickelt wurde, ist von Belgisch-Kongo übernommen worden.

Ausblick in die Zukunft

Seit dem Abschluß des Konkordats befinden sich die Missionen Portugiesisch-Afrikas, besonders jene Angolas, in guter Entwicklung mit einer erheblichen Zahl von Katechumenen (250 000 in Angola und Mozambique). Sind in Mozambique die katholischen Schulen mit fast 140 000 Besuchern der bedeutendste Erziehungsfaktor, so sammeln die Lehrerkatechisten in Angola in ihren Unterrichtszentren mehrere hunderttausend Kinder und Erwachsene um sich. Obwohl in Portugal neue Priesterseminarien für Afrika seitens neuer in die Missionsarbeit eintretender Gemeinschaften gegründet wurden und aus 9—10 Nationen auswärtige Hilfe kam, bereitet der Priester-mangel, der keine geregelte Seelsorge zuläßt, große Sorge, besonders in Mozambique, wo der einheimische Priesternachwuchs minimal ist, während in Angola immerhin über 500 Gymnasiasten und über 100 Theologen in der Vor-

bereitung zum Priestertum stehen. Lange vernachlässigt, wird die Schaffung eines einheimischen Klerus jetzt, wo Rom volle Lenkungsfreiheit hat, mit aller Energie gefördert. Kostbare Zeit ist allerdings verloren. Wenn Brasilien, wo die Schwarzen sich völlig assimiliert haben, zur Teilnahme an der Weltmission veranlaßt werden könnte, wäre für dieses große, aufstrebende Land Portugiesisch-Afrika das gegebene Missionsfeld, wie jüngst im „Echo aus den Missionen“ (April 1954) überzeugend dargetan wurde. Es würde leichten Zutritt zum Herzen Afrikas haben: „Wie leicht wären von hier aus Brücken zu schlagen nach Angola, der portugiesischen Kolonie, von wo einstmals die meisten Sklaven hergeholt wurden. Diese fanden in Brasilien eine neue, ungeahnte Freiheit, gehobene Lebensbedingungen und vor allem das Glück des Glaubens. Heute bilden sie in untrennbarer Einheit mit den alten Kolonisatoren das neue brasilianische Volk.“ Es ist gewiß providentiell, daß die Missionsgesellschaft der Spiritaner, die sich in ganz besonderer Weise Afrikas annimmt und in Angola wirkt, nun auch (durch die deutsche Provinz. Verf.) in Brasilien Fuß faßt, um dort neue Ausbildungsstätten für Missionare einzurichten. Diese gehören vor allem nach Afrika. — Für Mozambique würde bei dem wachsenden Einfluß Indiens auf Ostafrika besonders der Einsatz südindischer, goanesischer Priester in Frage kommen, zumal Mozambique schon früher von Jesuiten aus Indien missioniert wurde und Livingstone dort vor 100 Jahren schon auf einzelne goanesischen Priester stieß.

Die Assimilationspolitik Portugals hat für die Kirche im jetzigen Entwicklungsstadium Afrikas zum überhitzten Nationalismus hin ihre nicht zu übersehenden Gefahren. Wenn für den Portugiesen das oft gebrauchte Wort „assimilado“ nicht mehr als „evoluido“ (zivisatorisch gehoben) bedeutete, wie Nunes de Oliveira in seinem jüngst erschienenen Buche „Ao serviço do Ultramar“ (Lissabon 1953) behauptet, bestände freilich keine Schwierigkeit. Tatsächlich aber wird mit diesem Wort meist das Aufgehen in die portugiesische Kultur verstanden. So faßt es wohl auch der einzige Kardinal Afrikas, Erzbischof de Gouveia von Mozambique, auf, wenn er in einer Presseverlautbarung vom Februar dieses Jahres erklärte, nach dem Konkordat von 1940 erhielten die portugiesischen Überseebischöfe die besondere Sendung, „die Eingeborenen zu missionieren und sie im portugiesischen Lebensstil zu erziehen“. Zu dieser Erziehung gehört dann zweifellos nicht nur die portugiesische Sprache, die die Mission nach dem Konkordat schon in der eigentlichen Volksschule (im Unterschied vom sogenannten Rudimentärunterricht der Buschschulen) zur Grundlage des Unterrichtes machen muß, auch nicht nur die Religion (die nach den Worten des Kardinals von den Kolonisten der Hauptstadt Lourenço Marques leider nicht gelebt wird), sondern die geistige Formung in Richtung auf die spezifisch portugiesische Kultur. Damit wird mit der Glaubensverbreitung ein Element verbunden, das nicht notwendig zu ihr gehört. Sollte es sich einmal herausstellen, daß diese Bindung zu einem Hindernis für die Glaubensverbreitung wird, so ist zu hoffen, daß sich Portugal in Afrika ebenso weitherzig und klug zeigen wird wie jetzt in Indien, wo die Regierung Salazar auf alle Rechte des Padroado außerhalb des portugiesischen Hoheitsgebietes von Goa verzichtete und damit auch auf den Versuch, außerhalb Goas den portugiesischen „way of life“ durchzusetzen.

Ökumenische Nachrichten

Die Finanzierung des „Weltrates der Kirchen“ Der Finanzdirektor des Weltrates der Kirchen, Frank Northam, veröffentlicht in „The Ecumenical Review“ (April 1954, S. 317 f.) einen aufschlußreichen Bericht über die Finanzierung dieser großen Gemeinschaft während der ersten 5 Jahre ihres Bestehens. Danach ergibt sich folgendes Bild der Ausgaben und Überschüsse:

	Ausgaben (in Dollar)	Überschuß
1949	307.320	11.840
1950	308.800	10.440
1951	333.950	9.290
1952	346.580	4.690
1953	342.000	7.000

Dieses bescheidene Budget von rund 350 000 Dollars konnte gehalten werden, weil der Stab des Generalsekretariates in Genf überfordert wurde. Northam erklärt, das könne nach der Konferenz von Evanston nicht mehr so weiter gehen. Wie setzen sich nun die Einnahmen zusammen? Die Weltkirchenkonferenz von Amsterdam hatte 1948 beschlossen, daß der Beitrag der amerikanischen Mitgliedskirchen insgesamt nicht 80 v. H. überschreiten und der der übrigen Länder nicht unter 20 v. H. sinken dürfe. Dieses Verhältnis wurde 1950 auf 75 v. H. zu 25 v. H. festgesetzt. Aber die Kursabwertung in verschiedenen Ländern machte einen Strich durch die Planung. Das Verhältnis der Eingänge in Dollar sieht folgendermaßen aus:

	aus USA	aus anderen Ländern
1949	220.240	45.430
1950	223.770	50.330
1951	240.000	62.770
1952	240.000	66.320
1953	240.000	71.000

Frank Northam betont, daß die Aufbringung dieser Summe von den amerikanischen Mitgliedern eine beträchtliche Leistung darstellt, um so mehr, als die amerikanischen Denominationen in diesen Jahren keiner Versuchung erlegen sind, einen ungebührlichen Einfluß auf den Weltrat geltend zu machen.

Für die kommende Periode nach der Weltkonferenz von Evanston hält Northam eine Erhöhung des Jahresbudgets auf 400 000 Dollars für unumgänglich, und zwar erstens, weil man in den letzten Jahren fehlende Beträge aus den Reserven des Ökumenischen Instituts von Bossey — einer Rockefeller-Stiftung — genommen habe. In Zukunft müsse der Weltrat dieses Institut selber tragen (vgl. ds. Heft, S. 432). Außerdem müsse der Generalsekretär zwei, an Stelle des bisherigen einen Stellvertreters erhalten, um die Arbeiten, besonders auch die der „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ (CCIA) gebührend zu erledigen. Es gäbe Leute, die der Ansicht sind, dieses Budget sei bereits sehr hoch, während andere geltend machten, es sei im Hinblick auf die Bedeutung des Weltrates der Kirchen erstaunlich niedrig und unangemessen. Wenn man die Bedeutung des Weltrates an seinem Budget ablesen könnte, so müßte man in der Tat gestehen, daß sie recht bescheiden ist. Jedenfalls sorgen die rund 160 Mitgliedskirchen dafür, daß der Weltrat sich nicht zu einer Superkirche auswächst.